



Aktionsplan eGovernment

Kapitel 3 bis 5

1. Auflage

Stand 10. August 2004

Aktionsplan eGovernment

Kapitel 3 bis 5

3	Ausgangssituation und Rahmenbedingungen	25
3.1	Demographische Lage	26
3.2	Wirtschaftliche Lage	30
3.3	Geopolitische Lage	34
3.3.1	Brandenburg-Polen	34
3.3.2	Berlin-Brandenburg	34
3.4	Administrative Lage	36
3.4.1	Landesverwaltung	36
3.4.1.1	Struktur der Landesverwaltung	37
3.4.1.2	Ausstattung der Landesverwaltung	37
3.4.1.3	Haushaltssituation der Landesverwaltung	39
3.4.1.4	Angebotssituation der Landesverwaltung	39
3.4.2	Kommunalverwaltung	40
3.4.2.1	Struktur der Kommunalverwaltung	40
3.4.2.2	Ausstattung der Kommunalverwaltung	41
3.4.2.3	Haushaltssituation der Kommunalverwaltung	41
3.4.2.4	Angebotssituation der Kommunalverwaltung	41
4.	Bedarfserfassung	44
4.1	Wirtschaft	44
4.1.1	Wichtigkeit von eGovernment-Anwendungen	45
4.1.2	Nutzen von eGovernment	47
4.1.3	Tatsächliche Nutzung	49
4.1.4	Zahlungsbereitschaft für Online-Angebote und Signatureinsatz	50
4.2	Bürger	52
4.3	Landesverwaltung	54
4.4	Kommunalverwaltung	54
4.4.1	Infrastrukturen	56
4.4.2	Basiskomponenten	56
4.4.3	Fachanwendungen	56
4.5	Beschäftigte	57
5.	Nationale und internationale Initiativen	58
5.1	Media@Komm	58
5.2	BundOnline 2005	59
5.3	DeutschlandOnline	60
5.4	EuropeOnline	61
	Literaturverzeichnis	130

Anmerkung: Auf Grund seines Umfanges wurde der Aktionsplan eGovernment in Teildokumente für die Kapitel 1 bis 2, 3 bis 5 und 6 bis 7 sowie das Literaturverzeichnis untergliedert.

3. Ausgangssituation und Rahmenbedingungen

Die demographische Entwicklung und die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Kommunen zwingen das Land zu einer Forcierung der eGovernment-Aktivitäten. Zur Stärkung des Wirtschaftsraumes Berlin-Brandenburg und der Wettbewerbsfähigkeit der Region bieten sich unabhängig von Diskussionen über eine Länderfusion virtuelle Verbünde an. Die in Bezug auf Informations- und Kommunikationstechnologien gut ausgestatteten, hoch produktiven und wertschöpfungsintensiven Wirtschaftszweige warten auf einen Startschuss in eine digitale Zukunft über eBusiness hinaus. Hierfür sind in der Landesverwaltung die notwendigen Infrastrukturen vorhanden und werden sukzessive ausgebaut.

Ein Schlüssel zur Modernisierung der Verwaltung ist der Einsatz von Informationstechnologien. Diese Erkenntnis geht einher mit einer neuen Verwaltungskultur, welche die zunehmende Verbreitung des Internets in der Gesellschaft und die daraus erwachsenden Ansprüche an die öffentliche Verwaltung aufgreifen muss. Erwartet werden qualitativ bessere, beschleunigte und umfangreichere Dienstleistungen. Im Zeitalter des Online-Shopping und Homebanking sind Öffnungs- und Wartezeiten bei Verwaltungen nicht mehr zu vermitteln. Große Teile der Bevölkerung sind der Auffassung, dass sich Ämter und Behörden tiefgreifend verändern und sich von staatlichen Bürokratien zu modernen Dienstleistern wandeln müssen. Dieser Erwartungshaltung versuchen öffentliche Verwaltungen zunehmend durch größere Kundenorientierung zu entsprechen. Virtuelle Rathäuser und One-Stop-Administration stellen einen ersten Schritt auf dem Weg dorthin dar.

Der internationale Wettbewerb zwingt die öffentliche Verwaltung, zur Gewinnung von Unternehmen nicht nur Fördermittel auszureichen und Gewerbegebiete auszuweisen, sondern auch vermehrt wettbewerbsrelevante Online-Dienstleistungen anzubieten. Dazu zählen vor allem schnellere Genehmigungsverfahren und eine beschleunigte Bearbeitung von Anträgen, die für Unternehmen direkt ertragsrelevant sein können.

Letztlich zwingt auch die mittelfristige Haushaltskonsolidierung die öffentliche Verwaltung zum Einsatz von Informationstechnologien. Die Erfahrungen zeigen, dass eine Haushaltskonsolidierung perspektivisch realisiert werden kann. eGovernment bedarf zunächst zwar erheblicher Investitionen in Infrastrukturen und die Geschäftsprozessoptimierung, die keine unmittelbaren Rationalisierungspotenziale bergen. Die Synergieeffekte sowie Steigerungen in der Produktivität und Transparenz eröffnen jedoch die Möglichkeit Amortisationen zu erzielen. Die Hochrechnungen für die Initiative BundOnline 2005 prognostizieren, dass den Investitionskosten von EUR 1,65 Mrd. jährliche Einsparungen von EUR 400 Mio. gegenüberstehen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit steuerfinanzierten Ressourcen bedingt daher gerade den umfassenden Einsatz von Informationstechnologien.³²

³² siehe auch: Deutsche Bank Research (2002), S. 3 ff

3.1 Demographische Lage

Die Region Berlin-Brandenburg vereint enorme demographische Gegensätze in Bezug auf Lebensalter, berufliche Qualifikation und Einkommen sowie deren Entwicklung. In der Folge besteht die Gefahr des Anwachsens einer digitalen Kluft in der Bevölkerung. Ein Schlüssel zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit liegt in der Überwindung der Spaltungstendenzen (Digital Devide) und des allgemeinen Zugangs zu Informations- und Kommunikationstechnologien. Brandenburg befindet sich hier in einem Aufholprozess.

In den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen war nach 1990 ein erheblicher Geburtenrückgang von etwa 50% zu verzeichnen. Ganze Unternehmen und Unternehmenszweige gingen im Zuge eines Strukturwandels verloren. Insbesondere junge und qualifizierte Menschen zogen in den Westen. Der Bevölkerungseinbruch war erheblich. Seit 1949 hat die ehemalige DDR 25% ihrer Bewohner verloren.^{33, 34}

Zwischenzeitlich gewinnt der demographische Wandel nachhaltige Bedeutung für die öffentlichen Haushalte bis hin zur wirtschaftlichen Bewertung ganzer Bundesländer. Renommierte Rating-Agenturen machen mittlerweile sogar von der Möglichkeit Gebrauch, die Kreditwürdigkeit ganzer Bundesländer unter Verweis auf die demographische Entwicklung und seine Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum herabzustufen.³⁵

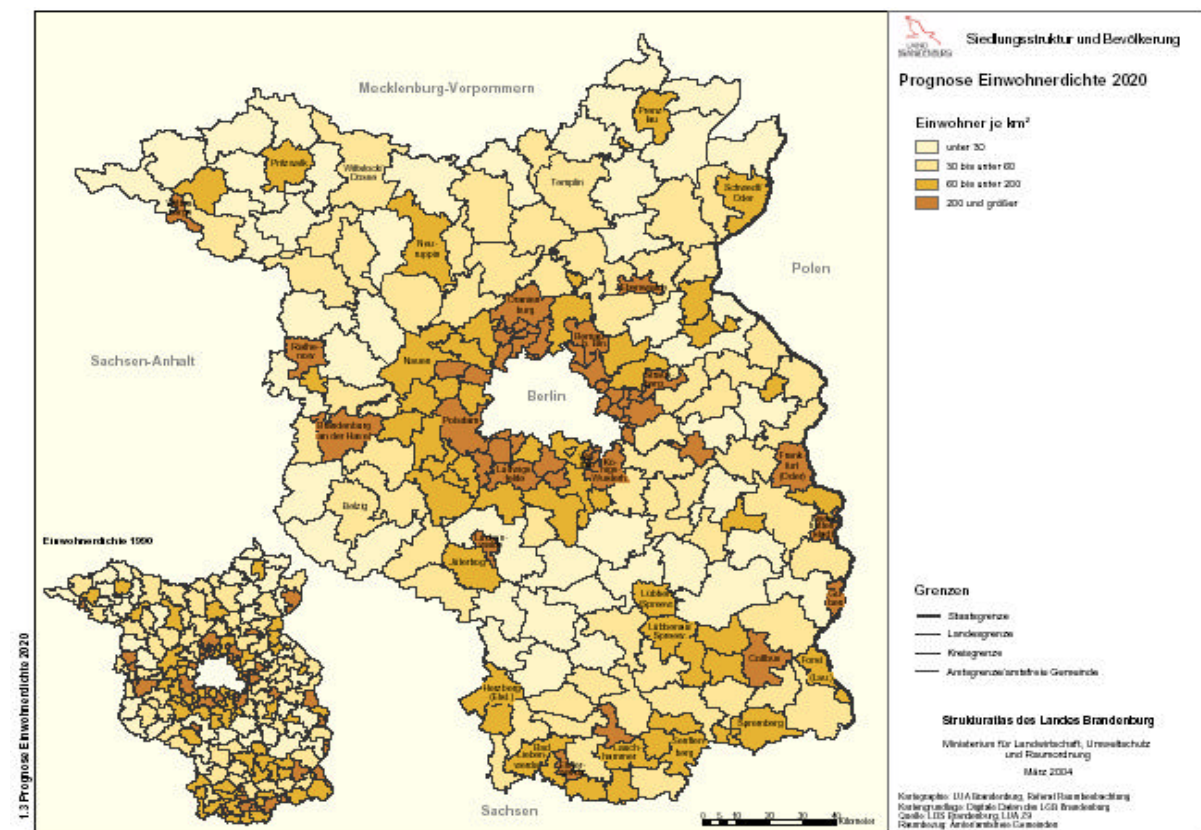


Abb. 9: Prognose der Einwohnerdichte im Jahr 2020 (Quelle: Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (2004))

Speziell die Region Berlin-Brandenburg ist gekennzeichnet durch ausgeprägte Gegensätze in Bezug auf die Demographie. So weisen das Land Berlin und der sogenannte engere Verflechtungsraum mit

³³ siehe auch: GEO (2004), S. 89

³⁴ siehe auch: Klang, Klaus A. (2004),

³⁵ siehe auch: GEO (2004), S. 91

Brandenburg mit etwas 4,3 Mio Menschen die höchste Populationsdichte innerhalb der Bundesrepublik nach dem Ruhrgebiet auf. Nicht einmal eine knappe Autostunde entfernt befindet sich dagegen der am dünnsten besiedelte Landkreis Deutschlands. Wanderungsgewinne können höchstens im sogenannten engeren Verflechtungsraum erwartet werden.³⁶

Dominante Merkmale der künftigen Bevölkerungsentwicklung des Landes Brandenburg sind die gesamträumliche Alterung, der Bevölkerungsrückgang im äußeren Entwicklungsraum bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum im engeren Verflechtungsraum. Der Großteil des Bevölkerungsrückgangs vollzieht sich in den größeren Städten des Landes. Allein von den 28 der in einer Bevölkerungsprognose gesondert dargestellten Städten (Ober- bzw. Mittelzentren) weisen 21 eine negative Bevölkerungsentwicklung auf. Sie verlieren bis 2020 insgesamt 119.000 Einwohner. Darüber hinaus sind insgesamt 76 größere Städte und Gemeinden mit zentralörtlichen Funktionszuweisungen³⁷ bei der Entwicklung des Wohnungsleerstandes zu beachten. Diese Gruppe repräsentiert nur 10 % der brandenburgischen Kommunen, hier leben aber 61 % der brandenburgischen Bevölkerung (1,6 Mio. Einwohner). 64 der Städte und Gemeinden weisen bis 2020 einen Einwohnerrückgang von insgesamt 180.000 Personen auf. Nur 12 Städte dieser Gruppe - ausnahmslos im engeren Verflechtungsraum - werden insgesamt um 50.000 Einwohner wachsen.

Bis 2020 (Abbildung 9) wird für Brandenburg ein Bevölkerungsrückgang um 182.000 Personen bzw. 7 % prognostiziert. Hauptursache dafür ist das nicht durch Wanderungsgewinne kompensierbare hohe Geburtendefizit. Die Entwicklung verläuft regional stark differenziert, einem Zuwachs im Berliner Umland steht ein drastischer Bevölkerungsrückgang im äußeren Entwicklungsraum von etwa 245.000 Personen gegenüber. In den extrem dünn besiedelten Gebieten ist für die Zukunft zu befürchten, dass die für die Grundversorgung und - darüber hinausgehend – die für die Regionalentwicklung notwendige „kritische Masse“ nicht mehr erreicht wird. Darüber hinaus sinkt infolge des steigenden Durchschnittsalters die physische und mentale Flexibilität der Bevölkerung.

Weitere absehbare Trends der Informationstechnologie im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung sind:

- zunehmendes Interesse und mehr Zeit der „jungen Alten“ für gesellschaftliches Engagement. Diese Altersgruppe beherrscht die moderne Informationstechnik weitestgehend, bedarf aber besonderer Unterstützung bei der gewünschten Umorientierung (Wissensmanagement),
- die Notwendigkeit und der Wunsch direkter sozialer Kontakte vor allem bei älteren Menschen,
- eine ausreichende, bezahlbare eGovernment-Struktur auch im ländlichen Raum.

Schon heute gibt es das Problem der digitalen Spaltung der Bevölkerung (Digital Divide). Ältere und sozial schwache Menschen können sich nur schwer auf die neuen Technologien einstellen. Aber genau diese Gruppe wird in dem äußeren Entwicklungsraum einen überproportionalen Bevölkerungsanteil stellen.

Die digitale Spaltung in Bezug auf eGovernment meint im Wesentlichen die Unterscheidung von Personen mit Zugang zum Internet und damit zu Online-Dienstleistungen und solchen,

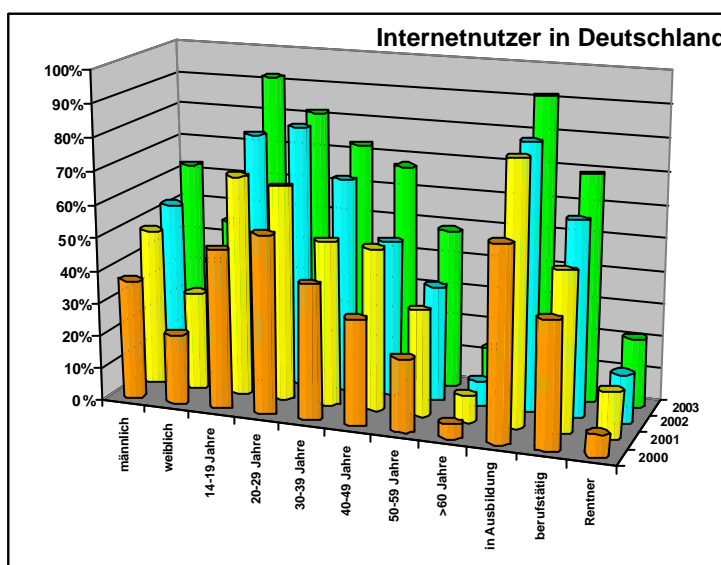


Abb. 10: Internetnutzung in Deutschland (Quelle: Eimeren, Eirgit van/Gerhard. Heinz/Freers (2003))

³⁶ siehe auch: Kröhnert, Steffen/Olst, Nienke van/Klingholz, Rainer (2004), S. 1

³⁷ Hier ausgewählt nach Größe (> 10.000 Einwohner) sowie größenunabhängig alle Orte des raumordnerischen Leitbilds der dezentralen Konzentration sowie alle Orte mit mindestens der zentralörtlichen Funktionszuweisung „Grundzentrum“

die über einen entsprechenden Zugang nicht verfügen. Ihre Überwindung ist eine besondere Herausforderung.

„War der typische Internetnutzer bisher tendenziell männlich, um die dreißig, gut gebildet und verfügte über ein höheres Einkommen, lassen sich zunehmend Aufholtendenzen anderer Bevölkerungsgruppen erkennen. So hat sich der Anteil der Frauen im Netz in den vergangenen Jahren deutlich vergrößert.“ (so Maaß)³⁸ Gleichwohl besteht die Gefahr, dass insbesondere Bevölkerungsschichten mit geringerem Bildungsniveau von der Entwicklung auf dem Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologien und damit dem Online-Angebot der öffentlichen Verwaltung abgekoppelt werden.

Inwieweit die ermittelten Zahlen für die Nutzung des Internets speziell auch auf die Nutzung von eGovernment-Anwendungen durchschlagen, zeigen die Abbildungen 11 und 12 auf.

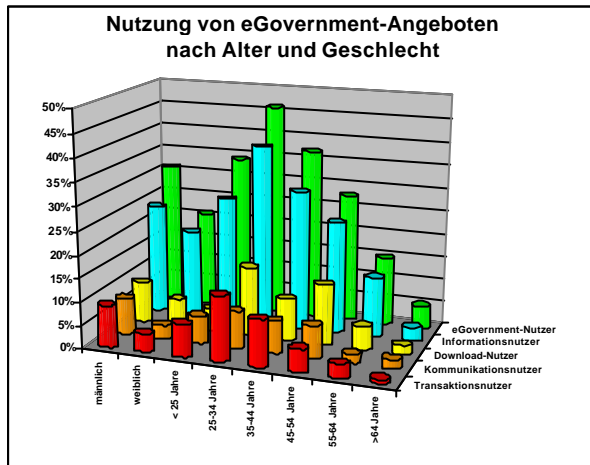


Abb. 11: Nutzung von eGovernment nach Alter und Geschlecht (Quelle: Taylor Nelson Sofres (2003))

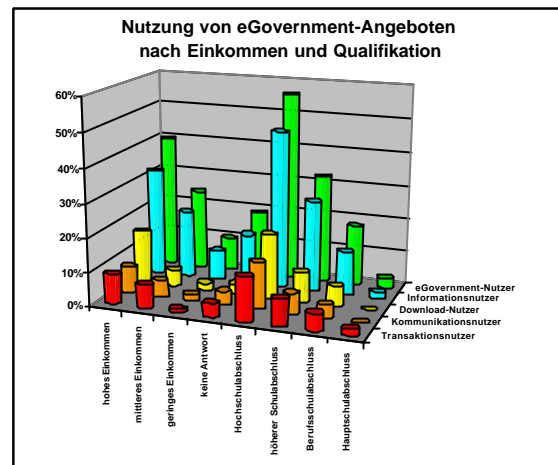


Abb. 12: Nutzung von eGovernment nach Einkommen und Qualifikation (Quelle: Taylor Nelson Sofres (2003))

Der Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie wird langfristig eine entscheidende Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Regionen und damit auch des Landes Brandenburg insgesamt darstellen. Noch 2002 lagen Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich der Internetnutzung der privaten Haushalte gegenüber den Altbundesländern deutlich zurück. Ein Anwachsen dieses Rückstandes hätte erhebliche Wettbewerbsnachteile zur Folge.³⁹

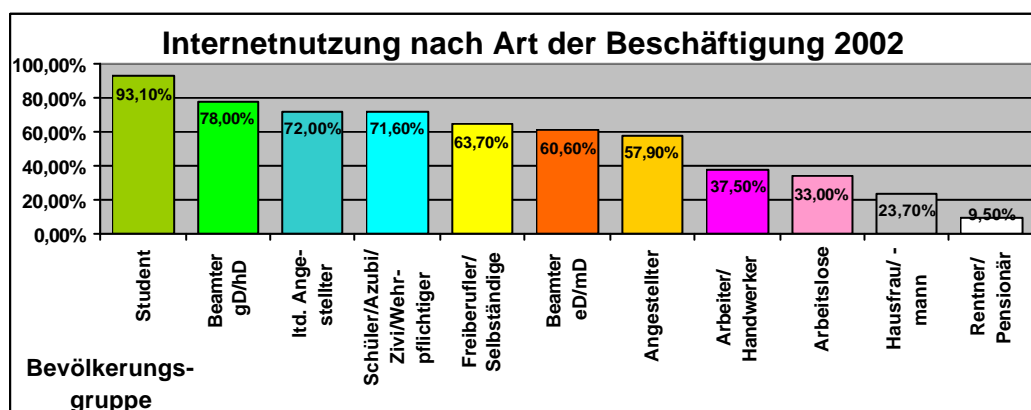


Abb. 13: Internetnutzung nach Art der Beschäftigung (Quelle: Eimeren, Birgit van/ Gerhard, Heinz/Freers (2003))

³⁸ Maaß, Christian (2002), S. 40

³⁹ siehe auch: Maaß, Christian (2002), S. 40

Erstmals in den Jahren 2003/2004 ist jedoch ein deutlicher Aufholprozess Brandenburgs in Bezug auf die Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien zu beobachten (Abbildung 14). So lag der Anteil der Haushalte mit Personalcomputern bereits zum Jahresbeginn 2003 bei 60%, der Anteil der Internetanschlüsse bei 41,4%.⁴⁰ Das Bundesland profitiert insbesondere von der Entwicklung im engeren Verflechtungsraum, die bei einer Fortsetzung der bisherigen Steigerungsraten seit 1999 zwischenzeitlich einen Anteil der Haushalte mit Internetanschluss von rd. 50% bewirkt haben dürfte.

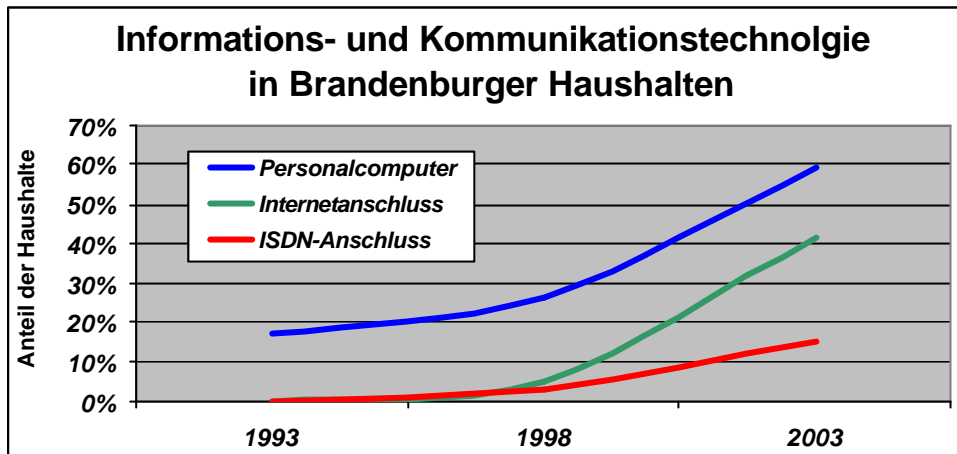


Abb. 14: Entwicklung der Ausstattung privater Haushalte mit IuK-Technologien (Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (2004))

⁴⁰ siehe auch: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (2004), S. 17

3.2 Wirtschaftliche Lage

Brandenburg verfügt über verschiedene, hoch produktive wie auch schnell wachsende und wertschöpfungsintensive Wirtschaftsbereiche. Bei der Selbständigenquote wurde in den vergangenen Jahren aufgeholt. Die einzelnen Unternehmen zeichnen sich durch eine wachsende Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien und zunehmende Internetkommunikation aus. Verschiedene Initiativen, Netzwerke und Kompetenzcenter befördern bereits den Prozess des eBusiness. Zum eGovernment bestehen in Brandenburg noch wenige Berührungspunkte.

Aufgrund der zahlreichen Einflussfaktoren sind die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik eines Bundeslandes zur Beeinflussung des wirtschaftlichen Geschehens und Veränderung sowie Steuerung wirtschaftlicher Prozesse begrenzt. Wirtschaftspolitik hat jedoch insbesondere in der mittel- und langfristigen Planung Möglichkeiten, die wirtschaftliche Entwicklung positiv zu beeinflussen und den Wirtschaftsstandort Brandenburg zu stärken. Der Staat kann durch eine Schwerpunktsetzung seiner Investitionen einen Beitrag dazu leisten, den Unternehmen zusätzliche Anreize zur Anpassung an sich ändernde Wirtschaftsbedingungen zu geben. Zentrale Ansatzpunkte sind die Initiierung von Prozessen und die Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern, die Innovationen in der Wirtschaft voranbringen.⁴¹ Investitionen, die solche Entwicklungen unterstützen, sind jene in eGovernment- und IT-Infrastrukturen mit spezieller Ausrichtung auf die Unternehmen im Land Brandenburg.

In Brandenburg sind einige hochproduktive Zweige – Bergbau, Energieerzeugung, Eisen und Stahl, Mineralölverarbeitung, Zement, Chemische Industrie – konzentriert, deren Produktion weltweit wenig Dynamik zeigt. Andere schnell wachsende und wertschöpfungsintensive Bereiche wie die Luftfahrtindustrie, die Biotechnologie, die Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die Medienwirtschaft müssen rasch weiter an Boden gewinnen, wenn das Land längerfristig in der Produktivität nicht zurückfallen will. Im mittelstandspolitischen Bereich befindet sich das Land in einer vergleichsweise guten Position. Bei den Gewerbeanmeldungen verzeichnet Brandenburg jährlich mehr An- als Abmeldungen.⁴² Bei der Selbständigenquote hat das Land 2002 als erstes ostdeutsches Bundesland den gesamtdeutschen Durchschnittswert von 10,6% erreicht.⁴³ Die letzte Verteilung der Betriebe und Arbeitsstätten auf einzelne Wirtschaftszweige stellt sich in Abbildung 15 dar.

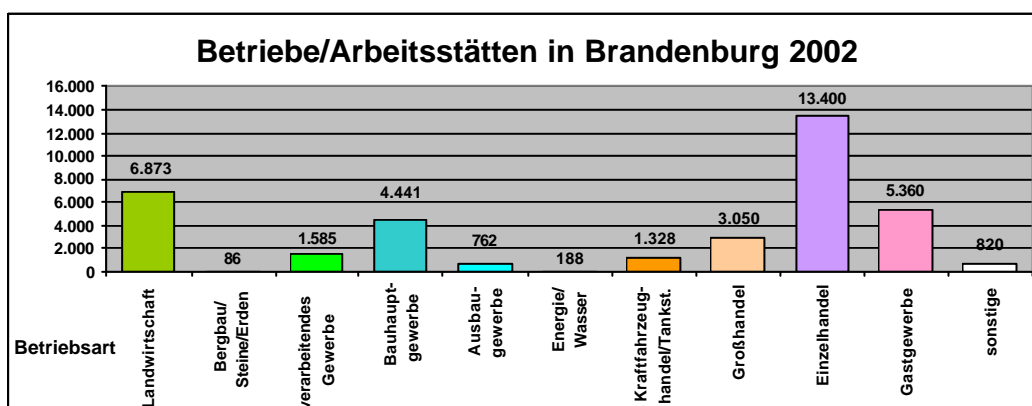


Abb. 15: Betriebe und Arbeitsstätten in Brandenburg im Jahr 2002 (Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (2003))

⁴¹ Staatskanzlei des Landes Brandenburg (2004), S. 15

⁴² Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (2004), S. 39

⁴³ Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg (2003), S. 29, 30

Mit Blick auf die Festlegung von Prioritäten im Aktionsplan eGovernment ist es von besonderem Interesse, welche Besonderheiten das aktuelle Nutzungsverhalten der Wirtschaft in Bezug auf das Interaktionsmedium „Internet“ aufweist. Hierzu liegen zunächst bundesweite Erkenntnisse vor, wonach sowohl die öffentliche Verwaltung als auch die Unternehmen der Wirtschaft zunehmend Verwaltungsprozesse elektronisch über das Internet abwickeln. Eine entsprechende Studie⁴⁴, die wegen der Unterschiede in den erfassten Unternehmensstrukturen⁴⁵ durch spezifische Brandenburger Ergebnisse noch zu verifizieren ist, zeigt auf, dass die Transaktionsdienste der öffentlichen Verwaltung von der Mehrheit der Unternehmen bereits heute genutzt werden, ihnen ein hohes Nutzenpotenzial beigemessen wird, eine entsprechende Zahlungsbereitschaft seitens der Unternehmen für die Nutzung dieser Dienste besteht, aber noch ein Bedarf vorhanden ist, das Angebot von Transaktionsdiensten der öffentlichen Verwaltung stärker bekannt zu machen.

Die Ergebnisse belegen, dass mehr als 50% der bundesdeutschen Unternehmen die effizienzwirksamen Transaktionsdienste nutzen. Dies geschieht zumeist allerdings nur gelegentlich. Dabei stehen ausgewählte Einzeldienstleistungen im Vordergrund. Wie viele Unternehmen der jeweils angesprochenen Unternehmensbranche das auf sie zugeschnittene Online-Angebot speziell im Bereich der Transaktionsdienste nutzen, zeigt die Abbildung 16 für die zehn meistgenutzten Angebote. Das hohe Ranking der im Bereich der Land- und Forstwirtschaft angebotenen Online-Dienstleistungen liegt in dem Umstand begründet, dass innerhalb der Unternehmensbranche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe diesbezüglich ein hoher Durchdringungsgrad zu verzeichnen ist. Für Informations- und Kommunikationsdienste können der genannten Studie weitere Hintergründe entnommen werden.

Speziell für Brandenburg liegen bisher nur grundsätzliche Erkenntnisse vor, die noch keinen Aufschluss über die Nutzung konkreter Online-Angebote für alle Wirtschaftsbereiche zulassen. In einer Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen der Industrie- und Handelskammern des Landes wurde bisher die untenstehende Nutzung genereller Internetdienste durch Unternehmen ermittelt (Abbildung 17), die grundsätzlich mit den Ergebnissen für andere Bundesländer vergleichbar sind.⁴⁶ Für die dem Geschäftsbereich der Industrie- und Handelskammern zuzurechnenden Unternehmen kann die Ausgangssituation speziell für Brandenburg wie folgt dargestellt werden⁴⁷ (siehe auch Abbildung 18):

- Fast alle befragten Unternehmen im Land Brandenburg verfügen inzwischen über einen Internetanschluss (93 Prozent), im Wesentlichen als ISDN oder DSL-Anschluss.

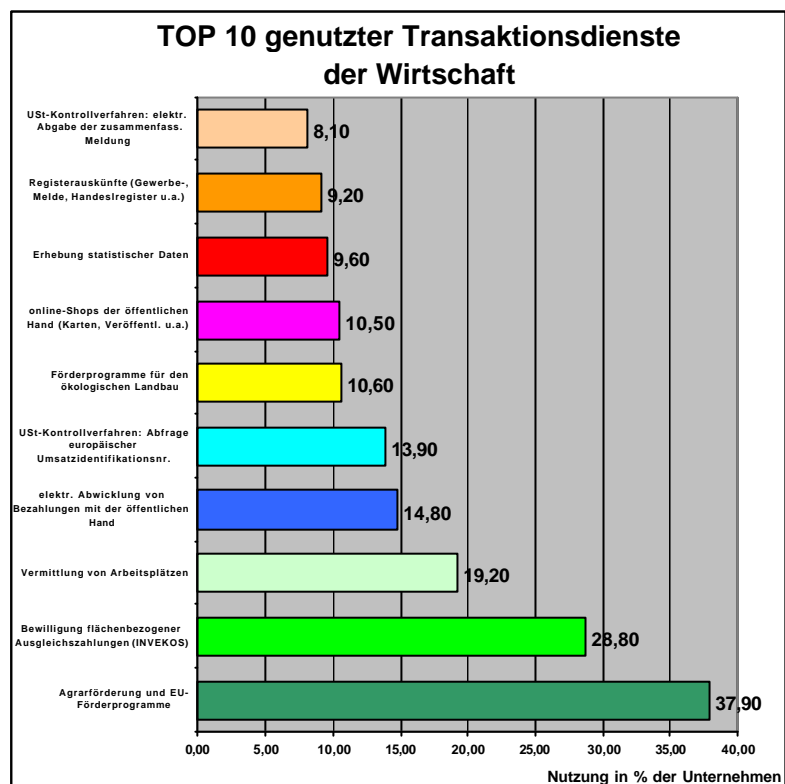


Abb. 16: Nutzung von Transaktionsdiensten durch die Wirtschaft – bundesweit (Quelle: Bearing Point/Bundesministerium des Innern (2002))

⁴⁴ Bearing Point/Bundesministerium des Innern (2003), S. 4

⁴⁵ „Unternehmen mit einer Mitarbeiterzahl unter 10 wurden in der Studie nur zu 3,8% berücksichtigt. In Brandenburg dagegen stellen diese Unternehmen die überwiegende Mehrheit dar.“ (Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Brandenburg (2004), S. 4)

⁴⁶ Accenture/Bayerische Staatskanzlei (2002), S. 8

⁴⁷ Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern (2003), S. 3 ff

- Zwei Drittel der Unternehmen im Land Brandenburg (67 Prozent) besitzen eine eigene Homepage. Bei Kleinstunternehmen mit bis zu drei Mitarbeitern ist es jedoch nur knapp die Hälfte der Firmen.
- Das Thema Internetsicherheit wird für viele Unternehmen wichtiger. 43 Prozent der Unternehmen im Land Brandenburg sind schon Ziel von Internetangriffen geworden, sieben weitere Prozent können dies nicht mit Sicherheit ausschließen.
- Nur sieben Prozent der antwortenden Unternehmen haben noch keine Maßnahmen zum Schutz ihres Internetzuganges ergriffen. Die Entwicklung im Bereich Internetsicherheit ist erfreulich, sie muss aber vor allem bei den Klein- und Kleinstunternehmen noch forciert werden.
- Softwarelösungen werden von Brandenburger Unternehmen vor allem für das Controlling (77 Prozent) und die Auftragsbearbeitung (67 Prozent) eingesetzt. Nur ein Drittel der Firmen nutzt Software für ihre Lagerwirtschaft.

Im Rahmen einer bereits im Jahr 2002 im Geschäftsbereich der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, des Verbandes der Berliner Kaufleute und Industriellen e.V., der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer e.V. und der Berliner Wirtschaftsjuvenioren durchgeführten Erhebung war festzustellen, dass 91% der antwortenden Berliner Unternehmen über einen eigenen Internetauftritt verfügen und in 75% der Unternehmen mindestens jeder zweite Mitarbeiter über einen Interzugang und E-Mail-Anschluss verfügt.⁴⁸

Als Fazit kann festgehalten werden, dass die IT-Ausstattung der Unternehmen im Land

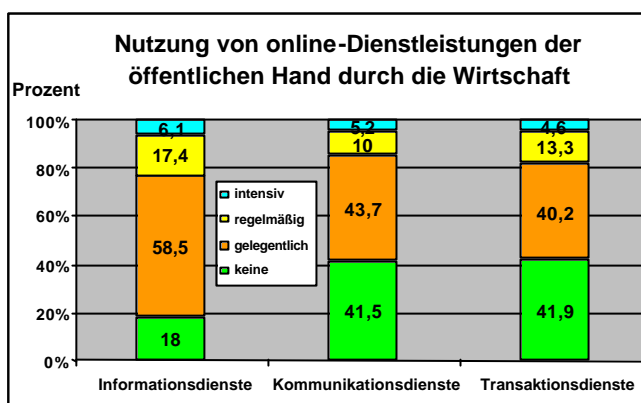


Abb. 17: Nutzung von Online-Dienstleistungen der öffentlichen Hand durch die Wirtschaft (Quelle: Bearing Point/Bundesministerium des Innern (2002))

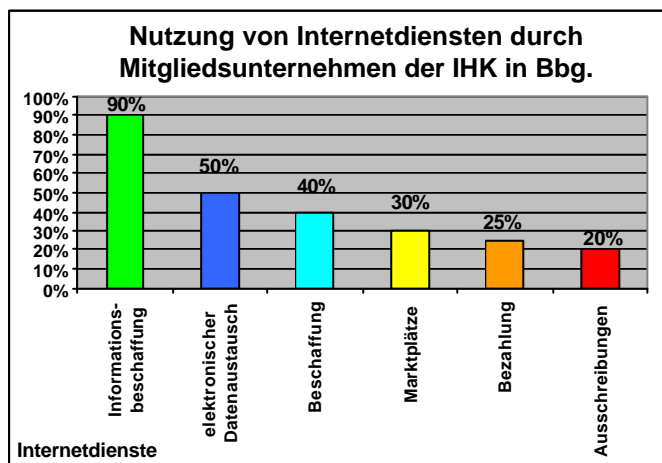


Abb. 18: Nutzung von Internetdiensten durch IHK-Unternehmen in Brandenburg (Quelle: Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Brandenburg (2003))

Brandenburg sich positiv entwickelt hat. Die Digitalisierung der Geschäftsprozesse steht dagegen in den meisten Unternehmen noch am Anfang. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen noch Hilfe bei der praktischen Umsetzung benötigen. Zu diesem Zweck wurden bereits verschiedene Programme gestartet und Zentren eingerichtet. Zu nennen ist hier vor allem das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) geförderte bundesweite Netzwerk der Kompetenzzentren für den elektronischen Geschäftsverkehr. Zwei dieser Kompetenzzentren haben ihren Sitz in Brandenburg. Von der Industrie- und Handelskammer Potsdam wird eCOMM Brandenburg getragen. Partner von eCOMM sind u.a. die IHK Cottbus und die Handwerkskammer Potsdam. Darüber hinaus ist das Kompetenzzentrum für den elektronischen Geschäftsverkehr im Oderland (KEGO) zu nennen, welches gemeinsam von der IHK Frankfurt (Oder) und der EuroNorm GmbH in Neuenhagen als Konsortialpartner betrieben wird. Aufgabe dieser Zentren ist u.a. die Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen in allen Fragen des elektronischen Geschäftsverkehrs.

⁴⁸ DE-CODA/Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin (2002), S. 10

Zur betrieblichen und beruflichen Qualifizierung wurde ein Modellversuch *eKom@Brandenburg*, gestartet, mit dem eine eLearning-Plattform der Wirtschaft in Betrieb genommen und innovativen Lernkulturen der Weg geebnet wird.

Das darin eingebundene Projekt „Neues Lernen Made in Brandenburg“ wird vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen begleitet. Dabei wird online-gestützt der Qualifikationsbedarf von 250 kleinen und mittleren Unternehmen erhoben und eine passgenaue Qualifizierung mit neuen Lernformen in 20 Betrieben durchgeführt. eLearning heißt auch Betreuung von Teletutoren. Die dafür notwendige Ausbildung wird ebenfalls in diesem Projekt durchgeführt.

Andererseits ist auch die Verwaltung gefragt, da das Angebot von bedarfsorientierten eGovernment-Dienstleistungen für Unternehmen eine wichtige Katalysatorfunktion für die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Wirtschaft übernehmen kann.

3.3 Geopolitische Lage

Der Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg eröffnet losgelöst von Diskussionen um eine Länderfusion Potenziale für einen virtuellen Verbund der Landesverwaltungen. Personal-, Sach- und Investitionsausgaben können perspektivisch nachhaltig gesenkt werden, um Spielräume für eine Stärkung der Wirtschaftskraft und mittelbaren Gegensteuerung zur demographischen Entwicklung zu gewinnen. Langfristig sind die Möglichkeiten der EU-Osterweiterung zu vertiefen und die neu gewonnene Brückenfunktion des Landes auszubauen. eGovernment kann diesen Prozess langfristig unterstützen.

Geopolitisch steht Brandenburg in zweierlei Hinsicht vor Herausforderungen:

- Mit der Osterweiterung der Europäischen Union kommt Brandenburg noch mehr als bisher eine Brückenfunktion zu – sowohl wirtschaftlich als auch kulturell.
- Zusammen mit der Bundeshauptstadt Berlin erstreckt Brandenburg sich über eine Region, die als gemeinsamer Wirtschaftsraum zu betrachten ist.

3.3.1 Brandenburg - Polen

Entlang der deutsch-polnischen Grenze existieren in Brandenburg (und im benachbarten Polen) drei Euroregionen, in denen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf regionaler und kommunaler Ebene voran gebracht wird, jedoch noch weiter anhaltender Handlungsbedarf besteht. Beiderseits der deutsch-polnischen Grenze wird die EU-Erweiterung noch unzureichend als Entwicklungschance begriffen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sehen die Erweiterung weitaus skeptischer und verknüpfen mit ihr nicht nur positive Erwartungen. Auf polnischer Seite wird von kleineren Firmen befürchtet, völlig vom Markt verdrängt zu werden. Deutsche Mittelständler aus lohnintensiven Branchen (Dienstleistung, Handwerk) in der Grenzregion fühlen sich negativ betroffen. Die deutsch-polnische Wirtschaftskooperation weiter auszugestalten und einen gemeinsamen Arbeitsmarkt ins Auge zu fassen, stellen somit besondere politische Herausforderungen für die brandenburgische Landesregierung dar.

Die Herausbildung regionaler Identität und Erhöhung der Attraktivität der Grenzregion bedürfen besonderer politischer Unterstützung. Mit der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A existiert ein Förderinstrument, das geeignet ist, der Ausprägung von Stärken sowie Minderung von Schwächen der Region in besonderer Weise Rechnung zu tragen.

Erste Ansätze für grenzübergreifende Kooperationen sind mit dem polnisch-deutschen Netzwerk „eGovernment der Regionen“ zu beobachten.

3.3.2 Berlin - Brandenburg

Der gemeinsame Wirtschaftsraum Brandenburg und Berlin hat etwa sechs Millionen Einwohner. Lediglich fünf Länder können eine höhere Einwohnerzahl aufweisen.

Mit der Herstellung virtueller Verbünde beider Landesverwaltungen könnte dem gegenwärtigen und auch noch länger anhaltenden Trend der erheblichen Abnahme der Bevölkerung, speziell im ländlichen Raum des Landes Brandenburg, aber auch dem etwas moderateren Bevölkerungsrückgang in Berlin, angemessen entsprochen werden, weil so beide Länder gewährleisten würden, dass auch ein ggf. entstehendes gemeinsames Land gemäß Artikel 29 Abs. 1 GG nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihm obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen könnte.

Inhalte und Struktur eines solchen Verbundes würden moderner, leistungsfähiger und bürgernah in Stadt und Land gestaltet werden können. Dieser Verbund könnte nunmehr entsprechend der etwa 6 Millionen Einwohner effektiver und kostengünstiger arbeiten. Der Bedarf an Personal-, Sach- und Investitionsausgaben könnte erheblich gesenkt werden.

Eine solche Bündelung leistet aber nicht automatisch einen größeren Beitrag zur gleichmäßigen Entwicklung aller Landesteile. Einerseits werden größere Anstrengungen möglich sein, die Wirtschaftskraft Berlins und des engeren Verflechtungsraumes durch zielgerichtete Maßnahmen zu bewahren und zu stärken und damit deren Ausstrahlungskraft auf die anderen Gebiete des gemeinsamen Landes zu erhöhen. eGovernment muss diesen Prozess unterstützen und begleiten. Andererseits steigen die Chancen, mit einer einheitlichen Strukturpolitik und der Einsparung von Finanzmitteln, die wegen der Konkurrenz beider Länder um Ansiedlungen bisher ausgegeben werden, auch Gebiete des äußeren Entwicklungsraumes mehr zu unterstützen, als das bei einer Fortsetzung der bisherigen administrativen Trennung möglich wäre.

3.4 Administrative Lage

Mit den entsprechenden Beschlüssen der Landesregierung sowie dem Haushaltssicherungsgesetz wurden die Grundvoraussetzungen für eine koordinierte Entwicklung des eGovernment in der Landesverwaltung gelegt. Aufgebaut wird auf eine trotz der Haushaltsrestriktionen ordentliche Grundausrüstung. Auf kommunaler Ebene wächst die Zahl der Aufgaben. Die Kommunen haben erste Ansätze für eine integrierte elektronische Kommunalverwaltung aufgegriffen. Bisher konzentrieren sich kommunale Angebote im Wesentlichen auf Informationsleistungen. Brandenburg liegt im kommunalen Ländervergleich noch zurück. Durch die Auszeichnung des Landkreises Oberhavel als Media@Komm-Transferkommune wird ein Innovationsschub erwartet.

eGovernment hat zwei zentrale Handlungsfelder. Davon hat das erste den leichteren elektronischen Zugang zur Verwaltung für Bürger und Wirtschaft im Auge. Es hat also einen externen Blickwinkel. Ziel ist es, die bestehenden Verwaltungsleistungen, die sich dafür eignen, servicefreundlich auch online anbieten zu können. Das zweite zentrale Handlungsfeld hat verwaltungsinternen Charakter. Es versucht, die elektronische Binnenstruktur der Verwaltung zu vereinheitlichen und so zu erreichen, dass elektronische Informationen innerhalb der Verwaltung technisch unbehindert fließen können. Zugleich sollen für gleiche Problemstellungen in der gesamten Verwaltung auch gleiche technische Lösungen eingesetzt werden, soweit das wirtschaftlich sinnvoll ist. Beides wird die Leistungskraft der Verwaltung erheblich steigern.

Die Verwaltung profitiert von eGovernment, indem der bisher nötige, mühselige und fehleranfällige Datentransfer vom Papier zum Computer und zurück (sog. Medienbruch) entfällt. Die Verwaltung wird von der damit verbundenen Routinetätigkeit entlastet. Ferner können verschiedene interne Abläufe zeit- und kostensparend rationalisiert, vereinheitlicht oder automatisiert und die verwaltungsinternen Reibungsverluste gemindert werden. Informationslücken werden geschlossen, indem die Verwaltung die ihr jeweils zugänglichen Verfahrensdaten, Datenbanken und Fachinformationen elektronisch einbeziehen kann.⁴⁹

Ein Kritikpunkt der Wirtschaft sind mangelhafte Infrastrukturen für eGovernment in Deutschland. Zwar sei das Signaturgesetz seit 1997 in Kraft, es fehle jedoch an der Vorgabe technischer Standards, dem praktischen Einsatz von Signaturen sowie geeigneten Fachanwendungen.⁵⁰ Das mit Abstand größte Hindernis besteht nach Ansicht der Befragten in Sorgen über die Sicherheit der eGovernment-Anwendungen – dem stimmen 82% der Befragten in Deutschland zu, aber nur 63% weltweit. Transaktionen zwischen Bürger und Behörde wie das Online-Zahlungsverfahren, wo persönliche Angaben wie Kreditkarten- oder Kontonummer erforderlich sind, werden daher lediglich von vier Prozent genutzt.⁵¹

3.4.1 Landesverwaltung

Die hier angesprochene Landesverwaltung Brandenburg meint die rund 60.000 Beschäftigten in mehr als 500 Behörden, Einrichtungen und Landesbetrieben. Das aktuelle Aufgabenspektrum und seine Erledigungstiefe unterliegt nicht zuletzt durch Artikel 2 des Haushaltssicherungsgesetzes kontinuierlich und durch die Diskussion um eine Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung punktuell einem Veränderungsprozess.

⁴⁹ siehe auch: Bayerische Staatskanzlei (2003), S. 5

⁵⁰ siehe auch: Langkabel, Thomas (2003), S. 12

⁵¹ siehe auch: Taylor/Nelson/Sofres (2003), S. 3

3.4.1.1 Struktur der Landesverwaltung

Die Landesverwaltung ist durch einen zweistufigen Verwaltungsaufbau in neun Ressorts mit jeweils nachgeordneten Bereichen sowie der Staatskanzlei gekennzeichnet. Die Verantwortung für eGovernment und IT liegt bei den jeweiligen Ressorts und der Staatskanzlei. Vor diesem Hintergrund sind zahlreiche ressortspezifische Lösungen in Bezug auf Infrastrukturen und Basiskomponenten in der Landesverwaltung zu beobachten. Mit der Einrichtung einer zentralen eGovernment- und IT-Leitstelle durch Beschluss der Landesregierung vom 10. Februar 2003⁵² und der Gründung der Abteilung „Strategische Planung und Innovation“ sowie entsprechender Strategie-Referate im Ministerium des Innern wurden die organisatorischen Voraussetzungen für eine zentrale Koordinierung von eGovernment und IT geschaffen. Seine rechtliche Begleitung fand der Beschluss der Landesregierung im Haushaltssicherungsgesetz 2003.⁵³

Unbeschadet der Beschlusslage können weitere Aktivitäten auf dem Gebiet des eGovernment gebündelt werden. Dabei kann auf „Good Practise Beispiele“ wie dem amtlichen Geoinformationswesen mit der Geodateninfrastruktur Brandenburg verwiesen werden.

3.4.1.2 Ausstattung der Landesverwaltung

In Bezug auf die Infrastrukturen für eGovernment verzeichnet Brandenburg keine wesentlichen Defizite. Die Technik-Ausstattung der Ressorts und der Ausbau des Landesverwaltungsnetzes sind trotz einer angespannten Haushaltssituation in den vergangenen Jahren vorangetrieben worden. (Abbildungen 19 bis 22). Ein weiterer Bedarf besteht an einer umfassenden Vernetzung der Dienststellen und Arbeitsplätze der öffentlichen Verwaltung, soweit dies gewünscht ist, sowie einem ressortübergreifenden Softwareeinsatz zur Automatisierung der Kernprozesse.⁵⁴ Eine erste Bestandsaufnahme zu Infrastrukturen und Basiskomponenten in der Landesverwaltung wurde im Jahr 2002 durchgeführt. Die Ergebnisse wurden zwischenzeitlich durch eine Erhebung im Rahmen der Erarbeitung der IT-Strategie für das Land Brandenburg teilweise aktualisiert. Darin zeichnen sich

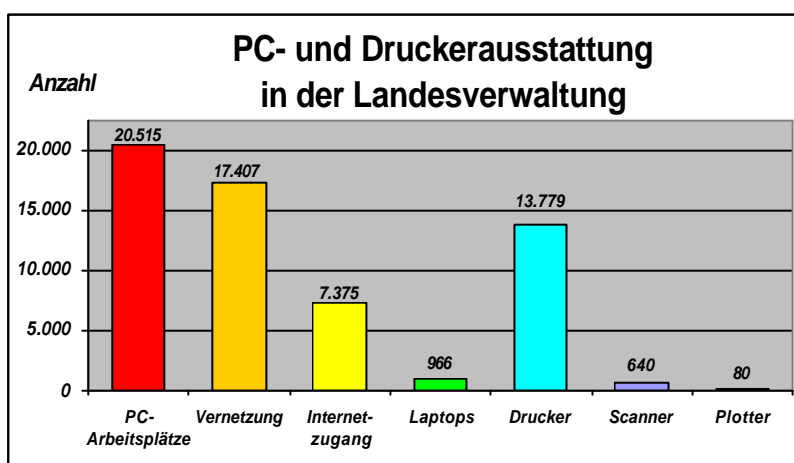


Abb. 19: PC- und Druckerausstattung in der Landesverwaltung

⁵² Landesregierung Brandenburg (2003), S. 1

⁵³ (1) Die Beschaffung und Wartung von Hard- und Software soll ab dem 1. Januar 2004 zentral koordiniert werden. Verträge über die Beschaffung und Wartung mit einem Wert über 30.000 Euro sollen nur abgeschlossen werden, wenn der beabsichtigte Vertragsabschluss von der zentralen Koordinierungsstelle genehmigt wurde. Die Verwaltung des Landtages und der Landesrechnungshof sind an der Koordinierung zu beteiligen. Länderübergreifende Informationsverbände sollen von dieser Regelung ausgenommen sein. Die zentrale Koordinierungseinheit soll in diesen Bereichen von dem jeweiligen Ressort über Beschaffungsvorgänge unterrichtet werden.

(2) Bis zum 1. Januar 2004 sollen durch die Landesregierung einheitliche Standards für die Beschaffung von Hard- und Software festgelegt und regelmäßig fortgeschrieben werden. Die Standards sollen für alle Verfahren festgelegt werden, die ressortübergreifenden Charakter besitzen oder eine einheitliche Vorgehensweise erforderlich machen. Eine Abweichung von Standards soll nur mit Zustimmung der zentralen Koordinierungsstelle zulässig sein. (Art. 2 § 9 Haushaltssicherungsgesetz)

⁵⁴ siehe auch: DETECON Consulting GmbH (2002), S. 11

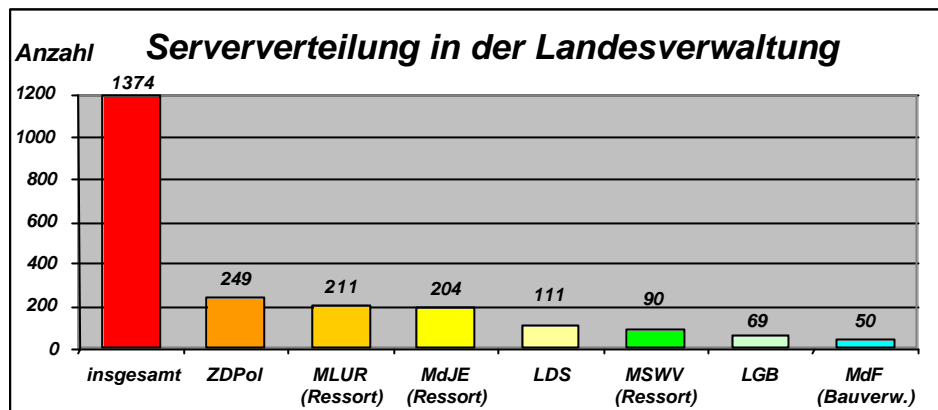


Abb. 20: Serververteilung in der Landesverwaltung

verschiedene Trends ab, die nicht unmittelbar den nachfolgenden Übersichten entnommen werden können:

a. Hardware

- die hohe Zahl der Laptops spricht für eine fortschreitende Mobilität und Modernität des Arbeitens,
- die erheblich wachsende Anzahl dezentraler Firewalls auf 126 in der Planung spricht für ein gewachsenes Sicherheitsbewusstsein der Geschäftsbereiche,

b. Software

- bei den Server-Betriebssystemen geht der Trend hin zu LINUX,
- die Anzahl der klassischen UNIX-Installationen als Server-Betriebssysteme erscheint rückläufig,
- Open Office als allgemeine Standardsoftware wird zunehmend als Alternative zu MS Office gesehen und sollte evaluiert sowie einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unterzogen werden,
- der Trend bei der Bürokommunikation geht neben eingeführten Produkten auch zu Open Source-Lösungen.

In Bezug auf Querschnittsverfahren ist zu beobachten, dass elektronische Vorgangsbearbeitung und Dokumentenmanagement (DMS) derzeit nur in einigen ausgewählten Ressorts eine Rolle spielen. Besonders intensiv werden die Systeme VISKompakt im MLUR, eWorks im MASGF und DOMEA-Registratur in der Staatskanzlei sowie im MW und im MWFK genutzt. Ressortübergreifend findet derzeit kein DMS-Einsatz statt. Allein das webbasierte

Dokumentenverzeichnis CIRCA findet als einfaches Dokumentenmanagementsystem sowie bei ressortübergreifenden Arbeitsgruppen Anwendung. Darüber hinaus kann die Bußgeldstelle der Polizei auf ein Dokumentenmanagementsystem mit optischer Archivierung verweisen.

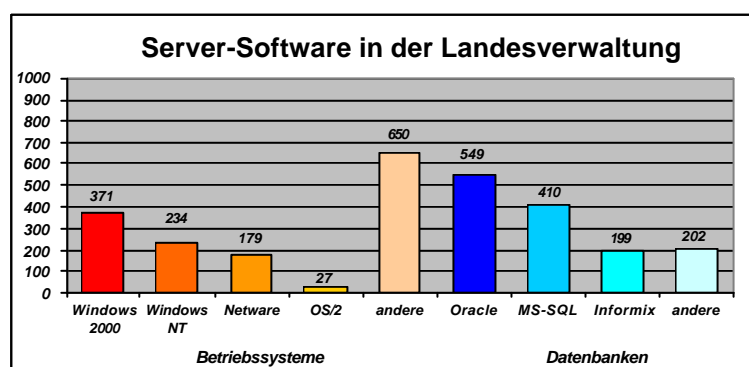


Abb. 21: Server-Software in der Landesverwaltung

Hinsichtlich der im Einsatz befindlichen Personalinformationssysteme ist PE-RIS geschäftsbereichsübergreifend für rd. 19.000 Stellen (incl. Polizei) im Einsatz. Selbst hier wird jedoch eine Ablösung durch ein integriertes Personal- und Stelleninformationssystem angestrebt. Weitere Systeme sind APSIS für die Schulbehörden sowie Wiko in der Landesgrundbesitzverwaltung. In Bezug auf die Personalinformationssysteme wird nicht zuletzt auch mit Blick auf die seitens des Ausschusses für Verwaltungsoptimierung geforderte Kabinettsvorlage zur integrierten Personal- und Stellenverwaltung ein hoher Bedarf einer Vereinheitlichung gesehen.

Im Haushalts-Kassen- und Rechnungswesen (HKR) kommt derzeit flächendeckend noch Profiskal zum Einsatz. Im Zusammenhang mit der KLR-Pilotierung werden neben den bereits bestehenden Lizenzen bei den Landesbetrieben im Laufe des Jahres 2004 parallel dazu knapp 800 Arbeitsplätze mit einem einheitlichen System auf SAP-Basis ausgestattet. Einen hohen Anteil an Installationen nimmt auch das System FICoS im Bereich der Forstverwaltung ein.

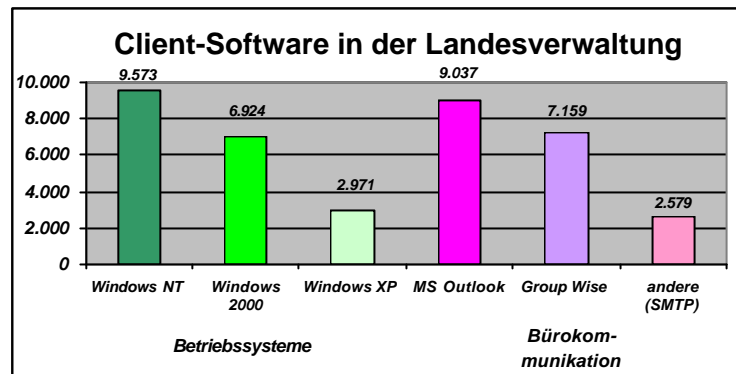


Abb. 22: Client-Software in der Landesverwaltung

3.4.1.3 Haushaltslage der Landesverwaltung

Mit der eGovernment-Strategie vom 10. Februar 2003 hat das Kabinett die Finanzierung von eGovernment-Vorhaben der Ressorts in deren jeweiliger Zuständigkeit belassen. Die Ausgaben sind im jeweiligen Ressorthaushalt zu planen und zu veranschlagen. Zusätzliche Mittel für eine zentrale Koordination sowie zur Unterstützung von Leitprojekten und den Aufbau der für eGovernment-Anwendungen erforderlichen gemeinsamen Infrastrukturen sowie Basiskomponenten sollen im Einzelplan 20 veranschlagt werden.⁵⁵ Für das Jahr 2004 ist dies noch nicht erfolgt. Für den Doppelhaushalt 2005/2006 liegen entsprechende Haushaltsanmeldungen vor.

3.4.1.4 Angebotssituation der Landesverwaltung

Der Staat ist kein klassisches Dienstleistungsunternehmen. Denn die Bedingungen, unter denen er seine Leistungen erbringt, sind in der Regel hoheitlich geprägt. Wer etwa einen Bescheid oder einen Strafzettel erhält, wird diesen nur mit Mühe als eine Dienstleistung des Staates und sich selbst als "Kunden" der Verwaltung verstehen. Und dennoch: auch und gerade die Leistungen der öffentlichen Verwaltung müssen unter dem Aspekt der Bürgerfreundlichkeit betrachtet werden. Einige spezifische Leistungen (Registerauskünfte o.ä.) unterscheiden sich tatsächlich kaum von privaten Dienstleistungen.

Das Leistungsspektrum des Staates ist dabei ausgesprochen vielfältig. Es umfasst in der einfachen Form Auskünfte und organisatorische Hilfen, die von Basiswissen über Broschüren und Formulare bis hin zu detaillierten Informationsangeboten reichen. Es umfasst sowohl Hilfsangebote in verschiedenen Sachverhalten von der Ernährungsberatung bis hin zur Schulpsychologie als auch klassische Antragsverfahren jeder Art, diverse öffentliche Register (Grundbuch, Einwohnermelderegister etc.), Aufsichts- und Kontrollleistungen (z. B. Verbraucherschutz), staatliche Förderungen, die oft "unsichtbaren", aber besonders wichtigen Leistungen der Infrastruktur, etwa die vor allem von Justiz und Polizei geschützte Rechtsstaatlichkeit, das Gesundheitswesen, Straßenbau, Wissenschaft und vieles mehr.

Informationen, Auskünfte und Materialien sind vielfach schon heute über das Internet erhältlich. Webportale einschließlich Formulareservern und frei verfügbare elektronische Dokumente sind selbst in klei-

⁵⁵ Landesregierung Brandenburg (2003), S. 7 ff

nen öffentlichen Verwaltungen längst gängige Angebote.⁵⁶ Häufig finden sich auch schon Kontaktmöglichkeiten, um mit der Verwaltung direkt online kommunizieren zu können. Dieses Angebot soll zielstrebig und umfassend ausgebaut und vervollständigt werden. Ziel ist es, die bisherigen Insellösungen einzeln stehender Verwaltungen zu einem aufeinander abgestimmten Gesamtangebot der staatlichen Verwaltung weiterzuentwickeln.

Die Landesverwaltung hat zahlreiche eGovernment-Projekte und –Aktivitäten begonnen. Eine von der Landesregierung Mitte 2001 in Auftrag gegebene Bestandsaufnahme zeigt, dass in allen Ressorts, insbesondere auch in den nachgeordneten Behörden, Projekte zum Aufbau elektronischer Informations- und Kommunikations- oder Transaktionsdienste bereits laufen oder geplant sind. Einzelne Projekte haben auch über die Landesgrenzen hinaus Aufmerksamkeit gefunden, wie die Internetwache der Polizei, verschiedene Lösungen im amtlichen Geoinformationswesen oder das Wählen in elektronischen Netzwerken des LDS.⁵⁷

3.4.2 Kommunalverwaltung

Landkreise, Ämter und Gemeinden werden heute mit einem neuen Anspruchsdenken konfrontiert. Bürger und andere Kunden fordern schnellere und qualitativ hochwertigere Angebote. Gleichzeitig wächst das Volumen der Aufgaben durch Übertragungen vom Bund und den Bundesländern. Der Kostendruck hält parallel dazu weiter an. Dem daraus resultierenden Spagat vermögen die Kommunen nur noch unter höchsten Anstrengungen zu begegnen.⁵⁸ Zielkonflikte dieser Art lassen sich in der Praxis regelmäßig nicht auflösen.⁵⁹

3.4.2.1 Struktur der Kommunalverwaltung

Die Bevölkerungsprognose bis 2020 weist eine sehr stark differierende Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen aus. Für die Hälfte der Landkreise wird ein Bevölkerungsrückgang zwischen 10 und 20% prognostiziert. Dies und die zwischen engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum stark gegenläufige Bevölkerungsentwicklung stellt die bestehende Kreisstruktur gemäß den Erkenntnissen des Demographieberichtes hinsichtlich ihrer zukünftigen Leistungsfähigkeit in Frage. In den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt(Oder) werden Bevölkerungsrückgänge um durchschnittlich mehr als 15 % zu erwarten sein.⁶⁰

Die differenzierte Bevölkerungsentwicklung, insbesondere die Einwohnerrückgänge im äußeren Entwicklungsraum führen zur Verknappung der finanziellen und materiellen Ressourcen bei der Wahrnehmung der gemeindlichen Aufgaben. Dies erfordert, die vorhandenen Potentiale durch eine Intensivierung der Gemeinschaftsarbeit auf allen Ebenen und insbesondere im eGovernment beispielsweise nach dem Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit noch effektiver zu nutzen.⁶¹

Die Landkreisverwaltungen im Land Brandenburg erbringen eine Reihe von Dienstleistungen mit hoher Bürgerrelevanz.⁶² Um diese Leistungen in Anspruch zu nehmen, müssen die Bürger teilweise erhebliche Entfernungen überbrücken und lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Überlegungen in der kommunalwissenschaftlichen Literatur gehen hin zu einer zumindest teilweisen Integration der Leistungserbringung, beispielsweise durch Übertragung von Aufgaben oder die kommunaler Zusammenarbeit durch die unterschiedlichen kommunalen Verwaltungsebenen. Dem liegt die Idee zu Grunde, dem Bürger

⁵⁶ siehe auch: Potsdamer Neueste Nachrichten (04.06.2004)

⁵⁷ siehe auch: DETECON Consulting GmbH (2002), S. 11

⁵⁸ siehe auch: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (2002a), S. 9

⁵⁹ siehe auch: Winkel, Olaf (2004), S. 11

⁶⁰ Prognostiziert wird ein Rückgang der Einwohnerzahl in Frankfurt (Oder) auf rund 59.000 Einwohner, in Brandenburg an der Havel auf 65.000 Einwohner und in Cottbus auf 87.500 Einwohner. Von den 14 Landkreisen können künftig nur noch Havelland, Potsdam -Mittelmark und Oberhavel bei deutlich innerkreislichen Unterschieden mit wachsender bzw. stabiler Bevölkerungszahl rechnen. Alle anderen Landkreise müssen sich auf Bevölkerungsrückgänge einstellen, die insbesondere für die peripheren Landkreise (Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Uckermark, Elbe-Elster) mit einer bereits geringen Ausgangseinwohnerzahl von entscheidender Bedeutung sein werden. Aber auch Landkreise wie Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und Oder-Spree werden Rückgänge von mehr als 10 % zu verzeichnen haben, allerdings mit einer etwas höheren Ausgangseinwohnerzahl. Landtag Brandenburg (2004), S. 11

⁶¹ Landtag Brandenburg (2004), S. 11

⁶² Sozial- und Jugendhilfe, Kfz-Zulassung, Baugenehmigungsverfahren

Dienstleistungen unter einem Dach (z.B. Bürgerbüro, Internet) anzubieten, unabhängig von der Frage, von welcher Verwaltungsebene diese letztendlich zu erbringen sind.⁶³

3.4.2.2 Ausstattung der Kommunalverwaltung

Für Kommunen, die kontinuierlich in eine leistungsfähige Infrastruktur (Netze, Systemarchitektur, Büroarbeitsplätze) investiert haben, ist eGovernment primär die Öffnung nach außen. Andere Kommunen, die zunächst einmal die informationstechnische Basis schaffen müssen, stehen vor großen finanziellen Aufgaben. Die Bezifferung der Kosten für eGovernment fällt vor diesem Hintergrund extrem schwer. Klar ist: Die Kommunen müssen investieren (Geld und Personal) und zeitversetzt Rationalisierungen erreichen, um eGovernment bezahlbar zu machen.⁶⁴ Immerhin besteht in 62% der an einer Umfrage des Deutschen Landkreistages beteiligten Landkreise bereits eine Anbindung an das jeweilige Landesverwaltungsnetz.⁶⁵ Für Brandenburg ist diese Anbindung zu 100% gegeben.

Während die Arbeitsplätze der Landesverwaltung nahezu vollständig mit PC, EMail und Internet-Anschlüssen ausgestattet sind, gibt es in vielen kleineren Kommunen noch Nachholbedarf. Eine flächendeckende Vernetzung aller Behörden und Einrichtungen im Land Brandenburg, die den Sicherheitsanforderungen auch für sensiblere Transaktionen genügt, ist noch nicht erreicht.

In Brandenburg kann gegenwärtig allein ein Landkreis einen sogenannten Masterplan eGovernment und damit eine Umsetzungsstrategie für die elektronische Verwaltung vorlegen. Allerdings haben vier weitere Landkreise in einer Umfrage des Deutschen Landkreistages unterstrichen, dass sie an entsprechenden Plänen arbeiten. Festzuhalten ist, dass lediglich fünf von 14 Landkreisen sich überhaupt an der Abfrage beteiligt haben. Bundesweit geben 67% der antwortenden Landkreise an, das kreiseigene Konzept nicht mit den Initiativen des Landes verzahnt zu haben.⁶⁶

3.4.2.3 Haushaltsslage der Kommunalverwaltung

Der Bevölkerungsrückgang wird die Probleme der Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen insbesondere im äußeren Entwicklungsraum verstärken. Die finanziellen Verpflichtungen zum Erhalt einer leistungsfähigen Infrastruktur werden die Kommunen bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung noch weniger als bisher leisten können. Auch die Anpassung der vorhandenen Infrastruktur oder der notwendige Um- und Rückbau der nicht mehr genutzten technischen Infrastruktur stellt die Kommunen vor ungelöste Finanzierungsprobleme sowohl im investiven Bereich als auch im Gebührenbereich.

Nach einer Abfrage des Deutschen Landkreistages werden bei den angeschlossenen Mitgliedern im Jahr 2004 durchschnittlich rd. 31 Cent pro Einwohner für eGovernment ausgegeben. Die befragten und antwortenden Brandenburger Landkreise kommen auf eine Höhe von nur rd. 13 Cent pro Einwohner. Damit liegt das Land deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und auch im Länderranking nur an drittletzter Stelle.⁶⁷

3.4.2.4 Angebotssituation der Kommunalverwaltung

Neben der Modernisierung von Binnenstrukturen in Form einer Rationalisierung interner Geschäftsprozesse und der Verbesserung der Behördenkommunikation bis hin zur Kommunikation zwischen Landes- und Kommunalverwaltung mit Hilfe von eGovernment kommt den Außenbeziehungen eine bedeutende Rolle in Brandenburger Kommunen zu. Die Leistungen insbesondere in einer größeren Kommunalverwaltung sind heute stark zersplittert. D.h. die Leistungserbringung ist nach funktionalen Gesichtspunkten bestimmten Organisationseinheiten zugeordnet. Die Bürger- oder Kundensicht spielt jedoch eine zunehmende Rolle. Diesbezüglich werden auf kommunaler Ebene in Bezug auf die Außenbezie-

⁶³ siehe auch: Erhardt-Ewert, Andreas (2003), S. 13

⁶⁴ Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (2002b), S. 12

⁶⁵ siehe auch: Schliesky, Dr. Utz (2004), S. 9

⁶⁶ siehe auch: Schliesky, Dr. Utz (2004), S. 3

⁶⁷ siehe auch: Schliesky, Dr. Utz (2004), S. 5

hungen insbesondere die Begriffe „Lebens- oder Unternehmenslage“ sowie „Dienstleistungsschlagworte“ etabliert. Der Bürger und die Unternehmen sollen möglichst viele, letztlich alle Dienstleistungen, die sie in einer bestimmten Situation nachfragen (z.B. Umzug, Heirat, Geschäftsgründung), an einer realen oder virtuellen Stelle erledigen können. Die Verwaltung soll so organisiert sein, dass Bürger oder Kunden die von ihnen nachgefragten oder benötigten Leistungen organisatorisch einfach, gebündelt, vernetzt, schnell und in bestmöglicher Qualität erhalten. Die Verwaltung gliedert ihre Angebote dabei nach besonderen Lebens- oder Unternehmenslagen⁶⁸ oder bestimmten Dienstleistungsschlagworten (z.B. Katasterauskunft, Gewerbeschein, Gesundheitszeugnis) und nicht nach innerorganisatorischen Abläufen.

Die Kommunalverwaltungen nutzen das Internet bisher vornehmlich für die interne Information und Kommunikation, zunehmend aber auch für Information der Bürger und Unternehmen. In der Praxis spielt insbesondere die Fremdenverkehrswerbung und das Standortmarketing eine besondere Rolle.⁶⁹ Gerade für den Bereich der Transaktionsdienste ist jedoch festzustellen, dass die Kommunalverwaltungen sehr viel stärker als die Landesverwaltungen gefordert sind, weil Bürger und Unternehmen weit häufiger mit kommunalen als mit Landesbehörden in Kontakt treten.⁷⁰

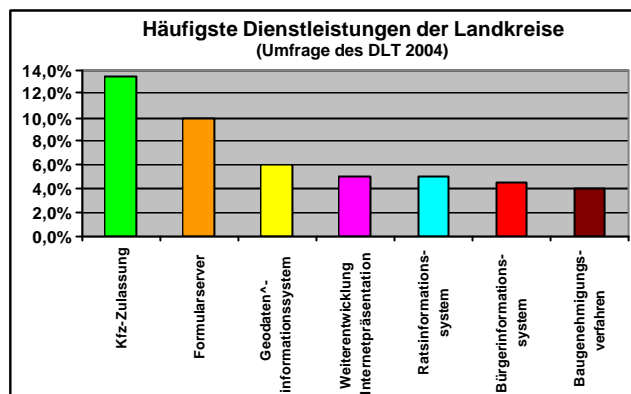


Abb. 23: Häufigste Dienstleistungen der Landkreise – bundesweit (Quelle: Schliesky, Dr. Utz (2004))

In einschlägigen Quellen wird davon ausgegangen, dass etwa 70% aller Verwaltungstätigkeiten formalisierbar und etwa 40% automatisierbar sind. Vornehmlich sind Kommunikations- und Kooperationsaspekte betroffen. Die kommunale Ebenen und Räume übergreifenden Datenbanken eröffnen die Filterung und Bereitstellung von Führungsinformationen.⁷¹ Über die in Abbildung 23 hinaus genannten Dienstleistungen werden die nachfolgenden Dienstleistungsangebote und Tätigkeiten überdurchschnittlich häufig angeboten.⁷²

- Wirtschaftsförderung
- Führerschein
- Abfallwirtschaft
- Elektronisches Beschaffungswesen
- Soziales und Gesundheit
- Tourismus/Freizeitangebote
- Behördenwegweiser
- Realisierung von Lebenslagenkonzepten
- ÖPNV-Pendlerservice
- Wahlen
- Gewerbeanzeigen

Im Frühjahr 2002 waren rund 60% der 237 brandenburgischen Gebietskörperschaften offiziell im Internet vertreten (Tabelle 4). Im gleichen Untersuchungszeitraum waren 91% der 467 niedersächsischen Kommunen online. Zwischenzeitlich kann festgestellt werden, dass zumindest alle Gemeinden – ggf. über das zugehörige Amt – im Internet vertreten sind. Vereinzelt Stimmen, wonach Brandenburger Kommunen Spitzenplätze im eGovernment einnehmen, können daraus abgeleitet aber noch nicht bestätigt werden. Inhaltlich liegen sie noch hinter anderen Flächenländern zurück.⁷³ Good-Practice-Fälle

⁶⁸ siehe auch: Friedrich-Ebert-Stiftung (2002), S. 20

⁶⁹ siehe auch: Madejczyk, Otto (1998), S. 223

⁷⁰ siehe auch: Sächsische Staatskanzlei (2001), S. 8

⁷¹ siehe auch: Madejczyk, Otto (1998), S. 225

⁷² siehe auch: Schliesky, Dr. Utz (2004), www.kreise.de/landkreistag/dlt-aktuell/egovernment/vortrag-cebit2004-schliesky

⁷³ siehe auch: Niedersächsische Staatskanzlei/nordmedia Agentur GmbH consulting (2002), S. 6 ff

sind im Landkreis Potsdam-Mittelmark, der Stadt Forst, der Stadt Beelitz, der Gemeinde Kleinmachnow und der Gemeinde Schöneiche zu finden.⁷⁵ Weitere Lösungsansätze aus der Media@Komm-Initiative (siehe auch Kapitel 5.1) wurde in der Stadt Rathenow implementiert.

Ein Schub für das Angebot an eGovernment - Fachanwendungen wird durch den Media@Komm-Transfer erwartet, bei dem es darum geht, zahlreiche Lösungen der vormaligen Modellstädte in die Fläche zu bringen. Als

entsprechender Multiplikator für Brandenburg wurde der Landkreis Oberhavel ausgewählt.

Hinsichtlich der Bereitstellung von Angeboten gibt es bereits erste positive Erfahrungen auch mit „Mobilen Bürgerbüros“. Insbesondere in Orten im ländlichen Raum mit zukünftig weiteren Entfernungen zu Verwaltungsstandorten bietet sich der Einsatz mobiler Bürgerbüros (in Schulen, Dorfgemeinschafts- und Vereinshäusern, Ortsteilbüros) und in stationären Einrichtungen (in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, aber auch in Kasernen, Universitäten usw.) an.⁷⁶

Informationsangebot Brandenburger Kommunen im Internet ⁷⁴						
	ausgeprägt		ansatzweise		fehlt	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Informationen zur Kommune						
Präsentation der Kommune	51	40,2	62	48,8	14	11,0
Veranstaltungen / Termine	37	29,1	65	51,2	25	19,7
zur politischen Vertretung	20	15,7	45	35,4	62	48,8
zum Wirtschaftsstandort	30	23,6	63	49,6	34	26,8
zur Wirtschaftsförderung	8	6,3	30	23,6	89	70,1
Tourismusinformationen	50	39,4	53	41,7	24	18,9
Informationen zur Verwaltung						
Strukturen / Zuständigkeiten	23	18,1	84	66,1	20	15,7
Erreichbarkeit	22	17,3	93	73,2	12	9,4
Leistungsinformationen	13	10,2	21	16,5	93	73,2
Vernetzung						
Links zu regio. Unternehmen	31	24,4	45	35,4	51	40,2
Links zu regio. Vereinen	23	18,1	60	47,2	44	34,6
Links zu Politik / Verwaltung	13	10,2	40	31,5	74	58,3

Tab. 4: Informationsangebote Brandenburger Kommunen im Internet

⁷⁴ Schuppan, Tino/Scheske, Michael (2003b), S. 169 ff

⁷⁵ siehe auch: Schuppan, Tino/Scheske, Michael (2003a), S. 30 ff

⁷⁶ siehe auch: Landtag Brandenburg (2004), S. 11

4. Bedarfserfassung

Die Bedarfslage von Bürgern und Wirtschaft weist nur eine kleine Schnittmenge auf. In fast allen Staaten der EU wird jedoch der Bedeutung von eGovernment-Anwendungen für die Wirtschaft ein höherer Bedarf beigemessen als den Bürgerdiensten. Die Akzeptanz der Bürger, eine qualitative Steigerung des Dienstleistungsangebotes durch seine elektronische Bereitstellung auch finanziell zu würdigen, bleibt hinter der Bereitschaft der Wirtschaft zurück. Da nicht alle Services gleichzeitig eingeführt werden können, müssen Prioritäten gesetzt werden.

Da nicht alle Services gleichzeitig eingeführt werden können, müssen Prioritäten gesetzt werden, die nicht allein durch die technische Realisierbarkeit, sondern auch durch den tatsächlichen Bedarf an einzelnen Services⁷⁷ und die schnelle Verfügbarkeit leistungsfähiger Lösungen⁷⁸ bestimmt werden. Dieser Bedarf lässt sich zum einen ableiten aus unmittelbaren Bedarfserhebungen bei den potenziellen Nutzern, zum anderen leitet er sich mittelbar ab aus der geschilderten Ausgangssituation, die ein politisches und administratives Handeln auf bestimmten Feldern nahe legt. Bürger und Unternehmen werden es als besonders vorteilhaft erleben, wenn sie Service-Angebote im Internet finden, die sie häufig nutzen und die sie hier komfortabler abwickeln können. Zudem kommt es bei der Umsetzung der Services darauf an, die Prozesskette vom Nutzer zur Verwaltung so durchgängig zu gestalten, dass eine medienbruchfreie Abwicklung der Verfahren auch im Unternehmen gewährleistet ist. Weil der Erfolg der eGovernment-Aktivitäten zu einem entscheidenden Teil von der optimalen Gestaltung des Kundennutzens abhängt, sollten also bei der technischen Umsetzung die Dienstleistungen in eine engere Wahl kommen, die mit hoher Frequenz in Anspruch genommen werden – nicht allein jene, die technisch am einfachsten realisiert werden können oder den aktuellsten eCommerce-Trends entsprechen. Das gilt für die Dienstleistungen für Bürger ebenso wie für Verwaltungsservices für Unternehmen.⁷⁹

4.1 Wirtschaft

eGovernment entwickelt sich zu einem zentralen Diskussionspunkt der Wirtschaft als Anwender und Anbieter von Lösungen. Im Interesse einer breiten Nutzung elektronischer Dienste sind zunächst branchenunabhängige Angebote zu forcieren. Hierzu zählen u.a. Registerauskünfte, Steuerverfahren und Vergabeleistungen. In der tatsächlichen Nutzung bestehender Angebote bleiben die Unternehmen aus Unkenntnis über die Verfahren und Unsicherheit über die Vertraulichkeit aber noch hinter den Möglichkeiten zurück. Die finanzielle Bereitschaft zur Forcierung ist hoch. Weitere Kreise der Wirtschaft sind in eine vertiefende Brandenburger Bedarfserhebung einzubeziehen. Diese wurde durch die Ministerien des Innern und für Wirtschaft gemeinsam mit den Wirtschaftskammern bereits begonnen (eBusinessabfrage).

Zur Abwägung des Bedarfs der Wirtschaft an eGovernment-Angeboten kann gegenwärtig auf verschiedene Studien, Gutachten und Untersuchungen zurückgegriffen werden. Die Abfragen konzentrieren sich dabei auf

- die Wichtigkeit
- das Nutzenpotenzial und

⁷⁷ Industrie- und Handelskammer Potsdam (2004), Nr. 2

⁷⁸ Industrie- und Handelskammer Potsdam (2004), Nr. 5

⁷⁹ siehe auch: accenture/Bayerische Staatskanzlei (2002), S. 26

- die tatsächliche Nutzung (aufgezeigt in Kapitel 3.5.3 – Ausgangslage)

der einzelnen Angebote. Da der Begriff der Wirtschaft eine zunächst noch sehr unbestimmte Zielgruppe umschreibt, soll hier klargestellt werden, dass im Folgenden die Land- und Forstwirtschaft, das produzierende Gewerbe sowie Handel, Gastgewerbe und Tourismus in der jeweils auch im statistischen Jahrbuch des Landes Brandenburg angesprochenen Form und sonstige Dienstleistungen, wie sie die freien Berufe erbringen, gleichermaßen gemeint sind. Die Verteilung der Unternehmen in den einzelnen Branchen kann den Ausführungen in Kapitel 3.2 ebenso entnommen werden wie die aktuelle tatsächliche Nutzung von Online-Angeboten.

Ein besonderer Bedarf wird resultierend aus der EU-Osterweiterung gesehen. Hierzu zählt die Mehrsprachigkeit aufzubauender Vergabeplattformen wie auch die Entwicklung von Angeboten, die Staatsgrenzen überschreitende Unternehmenslagen darstellen.⁸⁰

Neben der Betrachtung der Wirtschaft als Anwender von eGovernment-Lösungen kommt insbesondere der IT-Branche – auch der regionalen – Bedeutung als Anbieter solcher Lösungen für die öffentliche Verwaltung und beim Aufbau von Infrastrukturen und ggf. Basisfunktionalitäten zusammen mit Bund, Ländern und Kommunen sowie der Wissenschaft zu.

4.1.1 Wichtigkeit von eGovernment-Anwendungen für die Wirtschaft

Bei der Frage der Wichtigkeit von eGovernment-Anwendungen für die Wirtschaft ist es zunächst unbeachtlich, ob die damit verknüpften Dienstleistungen bereits angeboten werden oder nicht. Vorliegende Erhebungen stellen allein auf die Frage ab, wie hoch das Interesse der Unternehmen an dem jeweiligen Angebot ist. Die Wichtigkeit resultiert dabei nicht ausschließlich aus ggf. unmittelbaren finanziellen Entlastungseffekten. Sie kann sich in einer Beschleunigung von Verfahrensabläufen oder einem höheren Informationsgrad

der Nutzer der Anwendung ausdrücken. Abbildung 24 gibt hierzu einen branchenunabhängigen Überblick basierend auf empirischen Erhebungen. Die Landwirtschaft wurde dabei noch nicht berücksichtigt. Im Wesentlichen werden solche Angebote genannt, die branchenunabhängig genutzt werden. Das Ergebnis ist insofern nicht verwunderlich, als genau diese Dienstleistungen absolut und relativ am häufigsten genannt werden. Vier dieser Angebote sind bereits für den Aktionsplan gemeldet,⁸¹ das elektronische Handelsregister steht kurz vor dem öffentlichen Zugang.

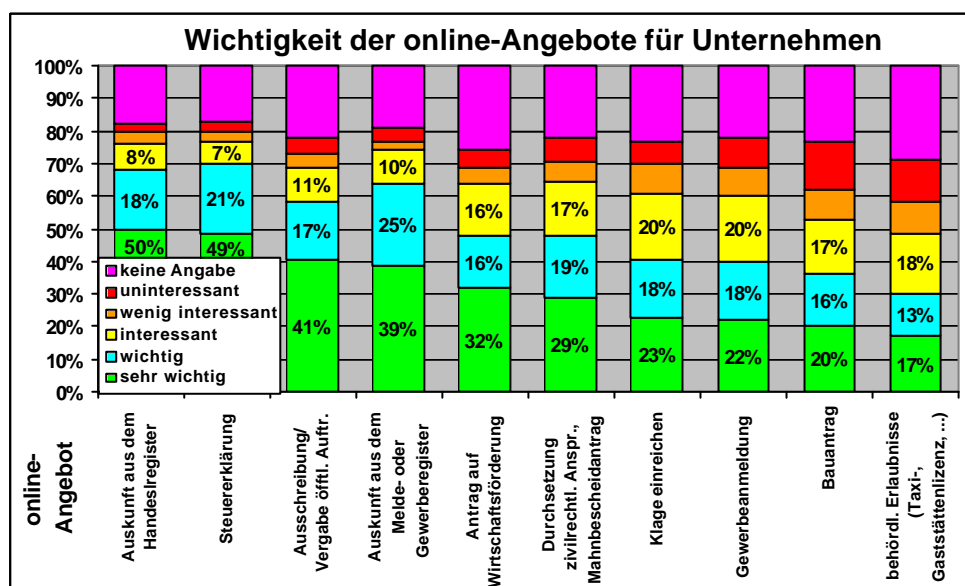


Abb. 24: Wichtigkeit der Online-Angebote für Unternehmen – bundesweit (Quelle: Accenture (2003))

⁸⁰ Polnisch-Deutsches Netzwerk „eGovernment der Regionen“ (2004), S. 7, 8

⁸¹ Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge
Auskünfte aus dem Melderegister
elektronisches Handelsregister (AUREG)
Bauantrag Online
Wirtschaftsdatenbank

Hinsichtlich ausgewählter Wirtschaftsbereiche wurden im Land Nordrhein-Westfalen Erhebungen durchgeführt, die sich auf das Baugewerbe und auch die Landwirtschaft erstrecken und dabei unternehmensspezifische Angebote von hohem Interesse aufzeigen. Die Ergebnisse sind in Tabelle 5 abzulesen. Ein Abgleich mit der Liste der bisher für den Aktionsplan gemeldeten Projekte zeigt, dass hier vereinzelt bereits Angebote erarbeitet werden oder in Betrieb sind (rot gekennzeichnet und unterstrichen).

Interesse	Landwirtschaft	Baugewerbe
sehr hoch	<ul style="list-style-type: none"> • Kennzeichnung und Registrierung von Tierbeständen • Agrarförderung, EU-Förderprogramme (z.B. Kulturpflanzregelung) • Online-Abfrage Sonder- und Schlachtprämien 	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Informationssystem über Baustellen- und Streckensperrungen, Verkehrsstörungen</u> • <u>Grundstücksnachweise über Form und Lage</u> • <u>Planfeststellungsverfahren (Anhörungsverfahren)</u> • <u>Bereitstellung von Bodenrichtwerten</u>
hoch	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Bewilligung flächenbezogener Ausgleichszahlungen (INVEKOS)</u> • <u>Agrarförderung (Antragsverfahren, Prämiengewährung)</u> • Flächenidentifikationssystem für prämierelevante landwirtschaftlich genutzte Parzellen • Antragsverfahren für EG-Beihilfen • <u>Agrarantrag-Online – Beantragung von Fördermitteln für landwirtschaftliche Betriebe</u> 	<ul style="list-style-type: none"> • Notruf- und Unfallmedizinsystem (Polizei) • Verkehrsrechtliche Anordnungen • Verkehrsprognosen im Bereich Autobahnen • denkmalschutzrechtliche Genehmigungen sowie deren Anträge • Erläuterungen Wohnungsbauförderung • <u>Bereitstellung von Geodaten für Planungen und Problemlösungen</u>

Tab. 5: Fachanwendungen mit hoher/sehr hoher Bedeutung für ausgewählte Wirtschaftszweige (Quelle: Bearing Point/Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2003))

Für die Brandenburger Unternehmen haben die Industrie- und Handelskammern wie auch die Handwerkskammern einen besonderen Bedarf an einer elektronischen Bereitstellung der Daten des Melderegisters, des Grundbuchs und des Liegenschaftskatasters, der Online-Abwicklung der Gewerbean- und -ummeldung sowie an ausgewählten Zulassungs- und Genehmigungsverfahren (Anzeigen im Arbeitsschutz, Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwertransporte und Emissionserklärungen) und einer elektronischen Vergabeplattform angemeldet.

Zur Ermittlung eines europaweiten Interesses an Online-Angeboten der öffentlichen Verwaltung hat die EU-Kommission eine gesonderte Studie in Auftrag gegeben, die sich sowohl auf die Unternehmen als auch die Bürger erstreckt. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass das Interesse im Bereich der Unternehmen auch europaweit den Ergebnissen der o.a. Untersuchung über die Wichtigkeit von Online-Angeboten für Unternehmen in vielen Punkten entspricht (Tabelle 6). Auch hier stehen wieder die unternehmensunabhängigen Angebote im Vordergrund. Damit werden diese Angebote umso wichtiger für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Ansiedlungspolitik im Lande. Sie sind in Teilen bereits für den Aktionsplan eGovernment gemeldet oder im Aufbau (rot gekennzeichnet und unterstrichen). Als bedeutsame Schnittmenge aus beiden Untersuchungen ist die elektronische Steuererklärung, das Beschaffungswesen und die Gewerbeanmeldung zu erkennen.

Bürger	Unternehmen
Einkommensteuer	Sozialbeiträge für Mitarbeiter
Arbeitsplatzvermittlung/-suche	<u>Körperschaftsteuer</u>
Sozialleistungen	<u>Umsatzsteuer</u>
Persönliche Dokumente	Gewerbeanmeldung
Kfz-Zulassung	<u>Meldung statistischer Daten</u>
Antrag auf Baugenehmigung	Zollerklärungen
Erklärungen gegenüber der Polizei	Umweltkonzession
Öffentliche Bibliotheken	<u>Öffentliche Beschaffung</u>
Geburts- und Heiratsurkunden	
Immatrikulation an Hochschulen	
Meldung/Adressänderung	
Gesundheitsbezogene Dienste	

Tab. 6: Grundlegende, bedeutsame öffentliche Dienste in den Mitgliedsländern der EU nach einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Studie (Quelle: Cap Gemini Ernst & Young (2002))

In fast allen Staaten, die im Rahmen einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen europaweiten Studie untersucht wurden, wird der Bedeutung von eGovernment-Angeboten für die Wirtschaft derzeit ein höherer Wert beigemessen als den sogenannten Bürgerdiensten.⁸² Dem entsprechenden Bedarf soll daher bei Angeboten im Front-Office-Bereich ein besonderes Augenmerk gewidmet werden.

4.1.2 Nutzen von eGovernment für die Wirtschaft

Eine zweite Fragestellung orientiert sich daran, wie hoch die Wirtschaft den Nutzen einzelner eGovernment-Anwendungen einschätzt – unabhängig davon, ob das Angebot bereits besteht oder erst noch aufzubauen ist.

Die Wirtschaft erhebt anders als der Bürger Ansprüche an eGovernment, die insbesondere auf finanzielle Aspekte abstellen. Es wird die Notwendigkeit gesehen, durch den Einsatz von Informationstechnologie klassische Dienstleistungen (z.B. Genehmigungsverfahren, Behandlung von Anträgen, Abwicklung des Besteuerungsverfahrens) zu beschleunigen und zu vereinfachen. Die Prozessoptimierung einschließlich einer Beschleunigung der Durchlaufzeiten steht im Vordergrund. Zielstellung ist ein vollständig integriertes, verzahntes System, das es dem Unternehmen erlaubt, bereits im eigenen EDV-System einen Antrag zu formulieren und mit Informationen und Unterschriften zu ergänzen, diesen online der öffentlichen Verwaltung zu übermitteln und in bearbeiteter Form wieder zurückzuerhalten.^{83, 84}

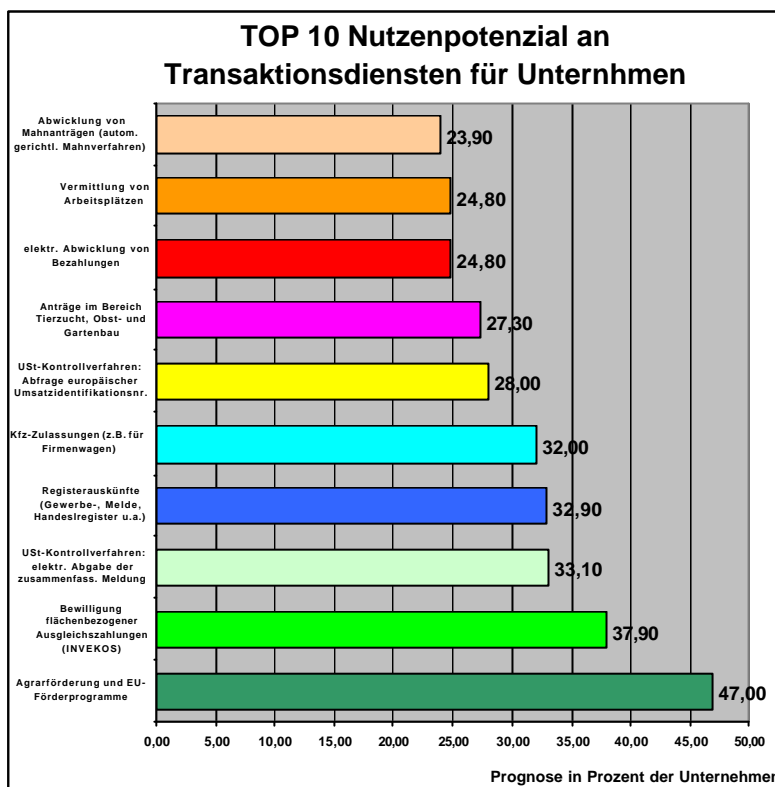


Abb. 25: Die zehn im Potenzial von der Wirtschaft höchstbewerteten Transaktionsdienste der öffentlichen Hand – bundesweit (Quelle: Bearing Point/Bundesministerium des Innern (2002))

Bei den in Abbildung 25 zu dieser Frage wiedergegebenen Ergebnissen ist zu beachten, dass das Nutzenpotenzial nur in den jeweils vom betreffenden Angebot profitierenden Unternehmen abgefragt wurde. Das hohe Nutzenpotenzial der landwirtschaftsspezifischen Angebote beruht daher auf der Beurteilung speziell in den landwirtschaftlichen Betrieben. Den Registerauskünften kommt auch hier ein hohes Gewicht zu.

Das Potenzial der einzelnen bestehenden oder angestrebten Online-Angebote aus Unternehmenssicht ist ein Indiz dafür, in welchen Bereichen die öffentliche Hand ihr Angebot weiter auf- oder ausbauen sollte. Darüber hinaus wurde den in Tabelle 7 benannten Angeboten ein hohes oder mittleres Nutzenpotenzial von den abgefragten Unternehmen beigemessen.

⁸² siehe auch: Cap Gemini Ernst & Young (2002), S. 4

⁸³ siehe auch: Booz Allen Hamilton (2001), S. 10

⁸⁴ siehe auch: accenture/Bayerische Staatskanzlei (2002), S. 12

hohes und mittleres Nutzenpotenzial weiterer Angebote aus der Sicht der Wirtschaft		
Platz	weiteres Online-Angebot	Häufigkeit
11.	Antrag auf Fristverlängerung für Steuern	23%
12.	<u>Elektronische Steuererklärung</u>	23%
13.	<u>Erhebung statistischer Daten</u>	23%
14.	Abwicklung von Verbrauchssteuern	22%
15.	<u>Beantragung von Katasterausügen und Liegenschaftsvermessungen</u>	18%
16.	Anmeldung/Beantragung von Vollstreckungen	17%
17.	Elektronische Statusabfragen von Verwaltungsvorgängen (z.B. Bearbeitungsstatus)	17%
18.	<u>Nutzung von Online-Shops (z.B. Karten, Veröffentlichungen, u.a.)</u>	17%
19.	Umweltschutzrechtliche Genehmigungen	16%
20.	<u>Genehmigungen im Baubereich</u>	15%
21.	Förderdarlehen für den Mittelstand, Wohnungswirtsch., Umweltschutz, Infrastruktur	15%
22.	<u>Genehmigungen für den Güterverkehr</u>	14%

Tab. 7: Die zwölf im weiteren von der Wirtschaft mit einem hohen Potenzial bewerteten Transaktionsdienste der öffentlichen Hand – bundesweit (Quelle: Bearing Point/Bundesministerium des Innern (2002))

Nutzenpotenzial beimessen. Die Bereiche „Genehmigungsverfahren“ sowie „Steuern“ sind von besonderer Bedeutung. Dies bestätigt eine Erhebung bei Berliner Wirtschaftsunternehmen im Jahr 2002, in der Umsatzsteuervoranmeldungen, Einkommensteuervorauszahlungen, Umsatz-, Gewerbe- und Einkommensteuer-Jahreserklärungen hinsichtlich der Häufigkeit der Vorgänge und des Aufwandes in den Unternehmen abgefragt werden. Danach setzen 72% der Unternehmen hohe Erwartungen in die Vereinfachung von Steuerangelegenheiten durch die Eröffnung einer elektronischen Bearbeitung und halten dies auch für praktikabel. Lediglich 14% sehen ein entsprechendes Potenzial nicht.⁸⁷

Ähnlich sind die Erwartungen im Bereich des Personalwesens der Unternehmen, wo mit der Abführung einbehaltener Lohn- und Kirchensteuer oder von Sozialversicherungsbeiträgen, der Lohnsteuervoranmeldung, der elektronischen Lohnsteuerkarte, der An- und Ummeldung von Arbeitnehmern oder Unfallanzeigen ebenfalls hohes Entlastungspotenzial der Unternehmen gesehen wird.

Nach einer von der bayerischen Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Studie⁸⁸ sehen Unternehmensvertreter auch dort einen besonderen Nutzen von Online-Angeboten, wo sie die Verwaltungsservices bereits offline nutzen. Sie werden vor allem bei Steuerangelegenheiten (68% Offline-Nutzung, 70% Online-Bedarf) und Informationen aus dem Handelsregister (56% Offline-Nutzung, 69% Online-Bedarf) aktiv. Häufig werden im Personalbereich auch Auskünfte aus dem Melderegister verlangt (53% Offline-Nutzung, 65% Online-Bedarf). Dort, wo regelmäßig und kurzfristig zentrale Informationen zur Weiterführung des Tagesgeschäftes benötigt werden, wird ein vereinfachter und kostengünstigerer Zugriff erwünscht und ist von positiven Erwartungen geprägt. Deutlich interessanter werden auch Online-Verfahren, die umsatzorientierte Prozesse effizienter machen: So liegt nach dieser Studie die Beteiligung an Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge deutlich höher, wenn diese auch online abgewickelt werden könnten (43% Offline-Nutzung, 58% Online-Bedarf).⁸⁹

Den Themen „elektronische Steuererklärung“ und „Erhebung statistischer Daten“ wird demnach nicht nur eine hohe Wichtigkeit, sondern auch ein hoher Nutzen beigemessen. Die bereits geplanten oder im Betrieb befindlichen Angebote sind erneut rot und unterstrichen dargestellt.

Die Ergebnisse korrelieren in hohem Maße mit anderen Erhebungen.⁸⁵,⁸⁶ Die Häufigkeit verweist auf den Anteil der abgefragten Unternehmen, welche dem Angebot ein hohes oder mittleres

⁸⁵ siehe auch: DE-CODA/Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin (2002), S. 27 ff

⁸⁶ siehe auch: Langkabel, Thomas (2003), S. 16

⁸⁷ siehe auch: DE-CODA/Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin (2002), S. 17

⁸⁸ aus: accenture/Bayerische Staatskanzlei (2002), S. 14; Prozent-Angaben sind eingeschränkt repräsentativ, da fast ein Viertel der Teilnehmer aus Unternehmen mangels persönlichen Kenntnisstandes keine Angaben über die tatsächlichen Nutzungs- und Bedarfsstrukturen ihrer Unternehmen in der Interaktion mit Behörden machen konnte.

⁸⁹ aus: accenture/Bayerische Staatskanzlei (2002), S. 14; Prozent-Angaben sind eingeschränkt repräsentativ, da fast ein Viertel der Teilnehmer aus Unternehmen mangels persönlichen Kenntnisstandes keine Angaben über die tatsächlichen Nutzungs- und Bedarfsstrukturen ihrer Unternehmen in der Interaktion mit Behörden machen konnte.

Die genannten Online-Dienstleistungen sind in weiten Teilen auch für Brandenburger Unternehmer von besonderem Interesse. Seitens der IHK wurde in der Vergangenheit wiederholt die Forderung erhoben, Steuererklärungen, Gewerbeanmeldungen oder Bauanträge bzw. Grundbuchrecherchen über das Internet zu ermöglichen und die Gebrauchsschwellen z.B. bei elektronischen Ausschreibungen abzubauen, um auch kleinere Unternehmen hierfür zu gewinnen.⁹⁰ Darüber hinaus hat die Wirtschaft im Rahmen der Initiative zum Aufbau einer Geodateninfrastruktur für Brandenburg einen Bedarf formuliert. Bei den bisher in Prioritätenlisten genannten Online-Angeboten handelt es sich weit mehrheitlich um Querschnittsangebote, die unabhängig von der jeweiligen Branche zum Einsatz kommen.

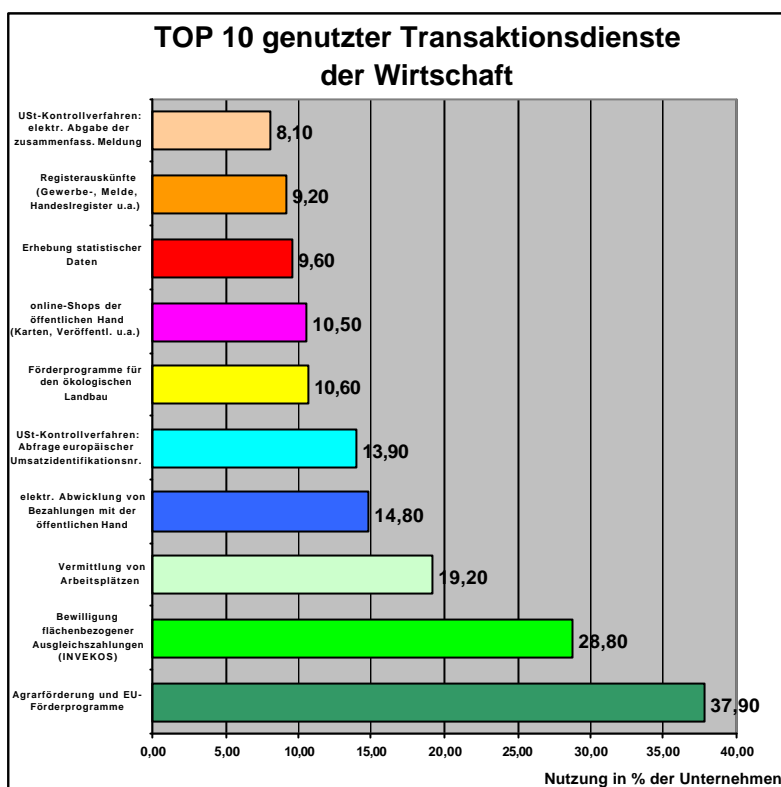


Abb.26: Die zehn meistgenutzten Transaktionsdienste der öffentlichen Hand durch die Wirtschaft - bundesweit (Quelle: Bearing Point/Bundesministerium des Innern, (2002))

Daneben sind jedoch solche Online-Angebote zu bewerten, die als Fachanwendungen für bestimmte Wirtschaftszweige von Bedeutung sind (Abbildung 26). Hierfür bedarf es weitergehender Differenzierungen wie sie Nordrhein-Westfalen für die Landwirtschaft und das Bauhauptgewerbe vorgenommen hat. Dabei wurden fachbezogene eGovernment-Anwendungen herausgefiltert, denen eine hohe oder sehr hohe Bedeutung seitens der Anwender beigemessen wird.

4.1.3 Tatsächliche Nutzung

Unbeschadet der Wichtigkeit und des Nutzens, die beide losgelöst von der tatsächlichen Verfügbarkeit und Nutzung hinterfragt wurden, liegen Erkenntnisse über die bereits praktizierte Nutzung ausgewählter eGovernment-Angebote vor, die auf der vorangehenden Seite abgebildet werden. Auch hier wurde, wie bereits oben erläutert, die Abfrage der Nutzung auf die jeweils potenziellen Nutzer konzentriert. Im Bereich der landwirtschaftlichen Unternehmen offenbart dies einen hohen Durchdringungsgrad bei der Anwendung der angebotenen Dienstleistungen. Aber auch Online-Shops, die Erhebung statistischer Daten und Registerauskünfte werden – soweit angeboten – bereits stark genutzt.

Zu beobachten ist aber auch, dass in der Theorie die Unternehmen gegenüber eGovernment aufgeschlossener sind als in der Praxis. Das Land Berlin hatte in einer Abfrage ermittelt, dass rund 70 % der Unternehmen die öffentliche Auftragsvergabe online befürworteten. In einer DIHK-/IEB-/DE-CODA-Umfrage gaben dagegen nur 9,8 % an, die bestehende Plattform „Öffentlicher Einkauf“ zu nutzen. Bezogen auf das Projekt der elektronischen Steuererklärung „ELSTER“ gaben lediglich 8,3 % der Befragten an, dieses Programm gegenwärtig zu nutzen. Als Gründe für eine Nichtnutzung von ELSTER wurden die Unkenntnis des Angebots, praktische Nutzungsprobleme oder die Beauftragung Dritter genannt.⁹¹

⁹⁰ siehe auch: Potsdamer Neueste Nachrichten 05.12.2003

⁹¹ siehe auch: DE-CODA/Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin (2002), S. 62

Bei der Entscheidung über die Bereitstellung von Transaktionsdiensten sollten vorrangig die Interessen der Wirtschaft berücksichtigt werden und solche Angebote zur Verfügung gestellt werden, die für die Wirtschaft ein hohes Nutzenpotenzial versprechen.⁹² Idealerweise würden die bisher noch nicht angebotenen Transaktionsdienste möglichst schnell in das Angebot der öffentlichen Verwaltung integriert, geplante Ausweitungen kurz- bis mittelfristig realisiert und Ausweitungen ggf. stärker betrieben werden als bisher geplant.

4.1.4 Zahlungsbereitschaft für Online-Angebote und Signatureinsatz

Die Erhebungen lassen darüber hinaus erkennen, dass eine Bereitschaft besteht, insbesondere für das Angebot von Transaktionsdienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, seitens der Wirtschaft auch für Gebühren aufzukommen. Zumindest 60% der abgefragten Unternehmen einer Studie erklärten hierzu ihre Bereitschaft. 21% sogar in einer Höhe von bis zu 50 € (Abbildung 27).

Auf die Abfrage, welche Online-Dienstleistungen Berliner Wirtschaftsunternehmen für den Einsatz der elektronischen Signatur favorisieren und prioritär realisieren würden, zeichnete

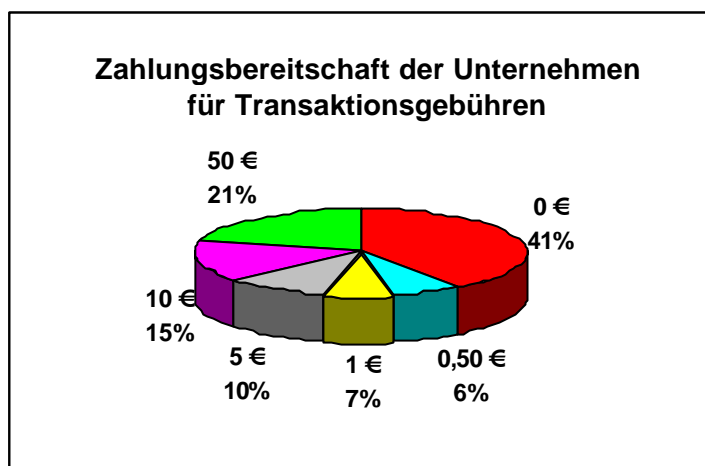


Abb. 27: Zahlungsbereitschaft der Unternehmen für Transaktionsgebühren (Quelle: Bearing Point (2003b))

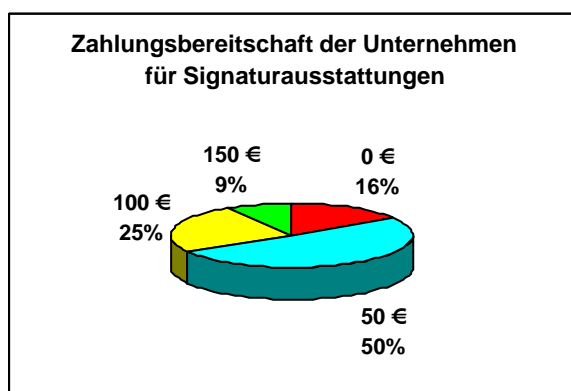


Abb. 28: Zahlungsbereitschaft der Unternehmen für Signaturausstattungen (Quelle: DECODA (2003))

Interesse sei. 55% waren sogar bereit eine Signaturanwendung zu pilotieren (siehe auch Abbildung 29). Die Zahlungsbereitschaft für den Erwerb und das Vorhalten der Signatur ist unterschiedlich stark ausgeprägt, wie Abbildung 28 zeigt.⁹⁴

sich folgendes Bild ab. Deutlich wird, dass regelmäßige und branchenübergreifende Geschäftsvorfälle der öffentlichen Verwaltung favorisiert werden. Die elektronische Abwicklung der Steuerangelegenheiten steht im Fokus der Unternehmen. Das ebenfalls übergreifend bedeutsame Personal- und Bestelungswesen werden zwar deutlich seltener genannt, nehmen aber noch immer einen relevanten Anteil ein.

Die elektronische Signatur wird seitens der Wirtschaft als wesentlicher Faktor zur Forcierung des eGovernment betrachtet.⁹³ Allein im Land Berlin gaben 97% der abgefragten Unternehmen im Rahmen einer Erhebung im Jahr 2002 zu Protokoll, dass die digitale Signatur für ihr Unternehmen von

⁹² siehe auch: Bearing Point/Bundesministerium des Innern (2003), S. 16

⁹³ siehe auch: Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2003), S. 9

⁹⁴ siehe auch: DE-CODA/Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin (2002), S. 11

Die eCards mit elektronischer Signatur sind ein wesentliches Element bei der Modernisierung von Geschäfts- und Verwaltungsprozessen. Wirtschaft und Verwaltung haben sich in einem Signaturbündnis zusammengeschlossen, um die Verbreitung und Anwendung von Signaturkarten gemeinsam voranzubringen und zu beschleunigen.

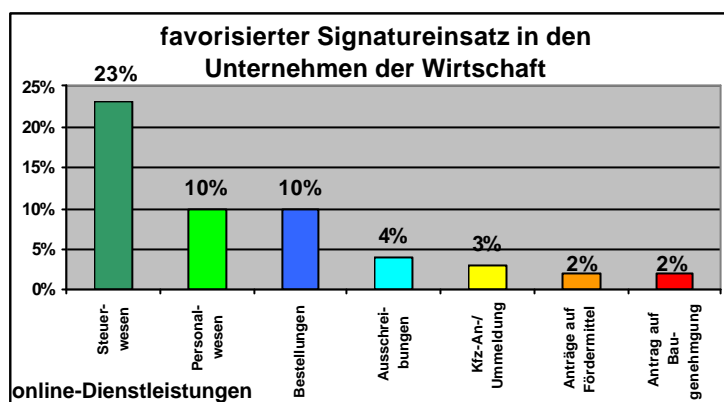


Abb. 29: Favorisierter Einsatz von Signaturen in der Wirtschaft (Quelle: DECODA (2003))

4.2 Bürger

Insbesondere die jüngeren Generationen favorisieren die Abwicklung von Verwaltungsdienstleistungen - gerade Transaktionen - über das Internet. Die Datensicherheit spielt für die Mehrzahl der Nutzer eine besondere Rolle bei der Nutzung von Antragsverfahren. Bereits mit E-Mail-Kontaktmöglichkeiten, Informationsdiensten und Formularservern kann jedoch ein wesentlicher Teil der Erwartungshaltung des Bürgers befriedigt werden. Verschiedene Meldevorgänge und Steuererklärungen werden als besonders wichtige Online-Angebote erachtet. Gebührenerhöhungen sind zu vermeiden, zumindest aber zu minimieren.

Aus dem Gesamtangebot bei Befragungen der Bürger, welche Dienstleistungen sie gerne per Knopfdruck von zu Hause erledigen möchten, nennen 53% die Abwicklung von Behördendienstleistungen an erster Stelle. Die Abwicklung von Behördendienstleistungen über das Internet liegt damit im Interesse der Bürger sogar vor der Abwicklung von Geldgeschäften, Buchung von Reisen oder der Bestellung von Eintrittskarten.

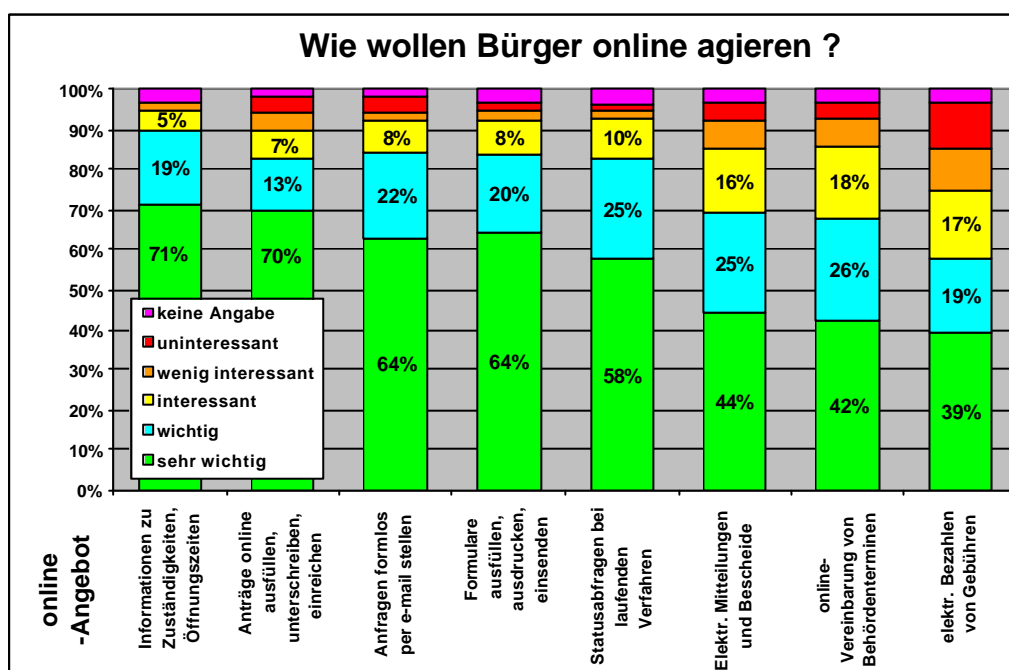


Abb. 30: Wie wollen Bürger online agieren ? (Quelle: accenture (2003))

Die zahlreichen Untersuchungen zu Erwartungen und Anforderungen der Bürger an die Internetleistungen der öffentlichen Verwaltung lassen Schlussfolgerungen zu, die nicht nur für die Landesverwaltung Nordrhein-Westfalens gelten:⁹⁵

- Der wesentliche Nutzen, den der Bürger in eGovernment-Dienstleistungen sieht, liegt in der Zeiteinsparung.
- Der Bürger wünscht einen direkten und formlosen Mailkontakt mit der Verwaltung.
- Alle Informationen, die der Bürger im Zusammenhang mit einem Verwaltungsvorgang benötigt, werden online und in einer für den Bürger verständlichen Form erwartet. Alle Formulare und Verzeichnisse von Ansprechpartnern werden vorausgesetzt.

⁹⁵ siehe auch: Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2003), S. 7

- Insbesondere bei Antrags- und Genehmigungsverfahren sowie im Finanzbereich wird ein Online-Zugriff deutlich gefordert.
- Die Abwicklung von öffentlichen Dienstleistungen soll über verschiedene Zugangskanäle wie Internet, Bürgerbüro und Call-Center erfolgen und sich dem Bürger integriert darstellen.
- Die sichere Abwicklung von Online-Dienstleistungen ist für den Großteil der Bürger eine zwingende Voraussetzung für eine umfassende Nutzung von eGovernment-Dienstleistungen und Basis für den Austausch vertraulicher Informationen.

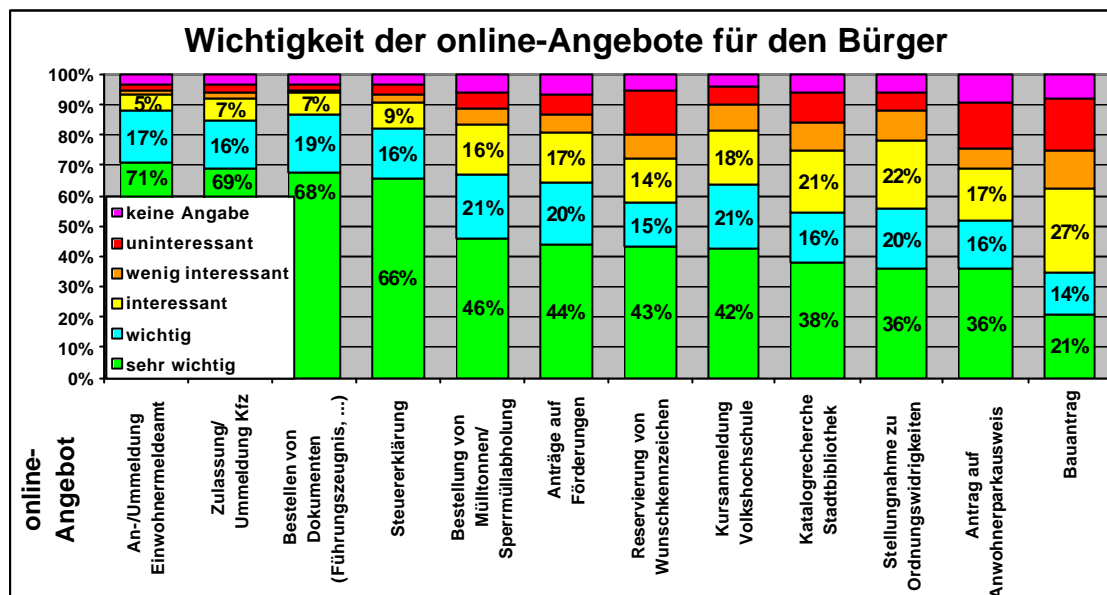


Abb. 31: Wichtigkeit der Online-Angebote für den Bürger (Quelle: accenture (2003))

Zentraler Punkt für eGovernment sind die Verfahren, welche über bloße Information oder Kommunikation hinausgehen und auf zumeist rechtsverbindliches Handeln gerichtet sind (klassisch z. B. Genehmigungen, Steuerveranlagung o.ä.). Hier sind noch zahlreiche technische, rechtliche und organisatorische Hindernisse zu überwinden. Vor allem in diesem Bereich sollen die Möglichkeiten des eGovernment nutzbringend erschlossen werden.⁹⁶

Soweit der Bürger die elektronische Interaktion mit der öffentlichen Verwaltung sucht, liegt es ihm – auch wenn der Nutzen naturgemäß nicht in gleicher Höhe bewertet wird wie im Falle eines Unternehmens - insbesondere an einer stärkeren Nutzung von Transaktionen. Gleichwohl muss auch der Bürger bei der Weiterentwicklung von Online-Angeboten differenziert betrachtet werden. In Ballungszentren spielen andere Gesichtspunkte eine Rolle als im ländlichen Raum, Tourismusregionen haben andere Angebote auszubauen als Industriestandorte, schrumpfende Regionen wiederum andere Aspekte zu berücksichtigen als expandierende und schließlich sind Wohnstandorte abweichend von Dienstleistungsstandorten mit Online-Angeboten anzusprechen. Ihre Praxistauglichkeit vorausgesetzt, kann hier schnell ein

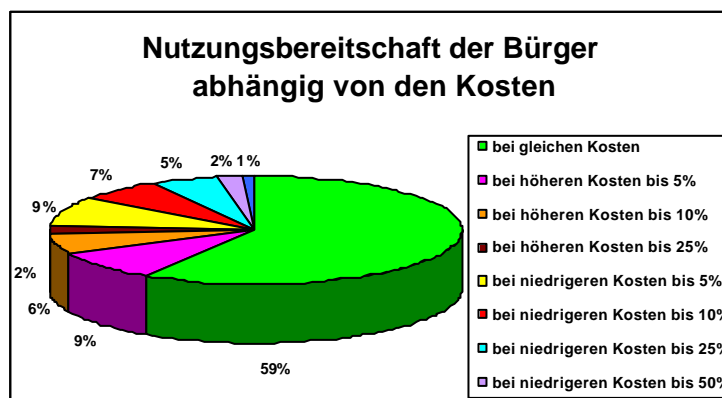


Abb. 32: Nutzungsbereitschaft der Abhängigkeit von den Kosten (Quelle: accenture/Bayerische Staatskanzlei (2002))

⁹⁶ siehe auch: Bayerische Staatskanzlei (2003), S. 7

deutlicher Imagegewinn erzielt werden.

Bedeutsam für den Bürger ist, dass Internet-Services zu gleichen oder günstigeren Konditionen angeboten werden. Mehrkosten werden nur von wenigen Bürgern befürwortet. Mehrheitlich wird eine Entlastung der Privathaushalte erwartet. Dies gilt auch für den Einsatz der elektronischen Signatur, der nur dann befürwortet wird, wenn dieser bei gleichen oder geringeren Gebühren eröffnet wird. (Abbildung 32).⁹⁷

4.3 Landesverwaltung

Der Bedarf der Landesverwaltung liegt vornehmlich im Bereich des Back-Office und hier bei den sogenannten betriebswirtschaftlichen Anwendungen, die das umfassende Management des Vermögens der öffentlichen Hand und seiner Beschäftigten berühren. Daneben steht die Standardisierung von Daten, Prozessen und Anwendungen im Vordergrund.

Ein besonderer Bedarf der Landesverwaltung zeichnet sich in Bezug auf technische Infrastrukturen und Basiskomponenten sowie den sogenannten Back-Office-Bereich ab. Zu Letztgenanntem soll auch das gesamte Spektrum der ressortübergreifend auszurichtenden Anwendungen zur Ressourcenverwaltung des Landes in Form von Anlage- und Umlaufvermögen einschließlich der Finanzen sowie des Personals zählen. Kapitel 3.4.1 trifft zur diesbezüglichen Bedarfslage entsprechende Aussagen. Das Bundesland Hessen beschreitet hier einen Weg, der sämtliche Anwendungen vom Dokumenten- über das Personal- und Finanzmanagement bis hin zu einem Kabinettsinformationssystem integriert und dabei Einsparungen in zweistelliger Millionenhöhe anstrebt.

4.4 Kommunalverwaltung

Die Kommunen sehen einen Bedarf vor allem in den Bereichen Technik, Geschäftsprozessoptimierung, Personalentwicklung und Finanzen. Unterstützung erhoffen sie sich vor allem vom Land Brandenburg und dies vorrangig in den Bereichen Softwarestandards, Standardisierung von Schnittstellen, Gesetzgebung, Landesformularserver und Kooperationsplattform. Die gemeinsame Entwicklung von transaktionsbasierten Fachanwendungen wird begrüßt. Die Landesverwaltung wird in der Verantwortung für die landesweite Koordination des eGovernment gesehen.

Die Bedarfssituation der Landkreise, Ämter und Gemeinden ist im Lichte der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie zu betrachten. Vor diesem Hintergrund sehen die kommunalen Gebietskörperschaften die vordringliche Notwendigkeit seitens des Landes bei den eigenen eGovernment-Aktivitäten unterstützt und in der Entfaltung der kommunalen Organisationshoheit befördert, nicht verpflichtet zu werden.

Das Internetangebot der brandenburgischen Kommunen weist noch erhebliche Entwicklungspotenziale auf. Dies gilt auch für das Informationsangebot und die Zahl und Qualität der zur Verfügung gestellten Formulare. In den wenigsten Fällen findet sich ein leistungstiefes Informationsangebot.

Den Kommunen kommt eine exponierte Bedeutung in Bezug auf die Realisierung kundenspezifischer Angebote zu. 70 bis 80 % der Interaktionen zwischen Verwaltung und Wirtschaft bzw. Bürgern erfolgen über die Kommunen. Dies gilt um so mehr, als der Trend einer Aufgabenverlagerung von Bund und

⁹⁷ siehe auch: accenture/Bayerische Staatskanzlei (2002), S. 15

Ländern auf die Kommunen ungebrochen ist.⁹⁸ Zu vergleichbaren Ergebnissen kommen auch andere Auswertungen, wie Abbildung 33 zeigt.

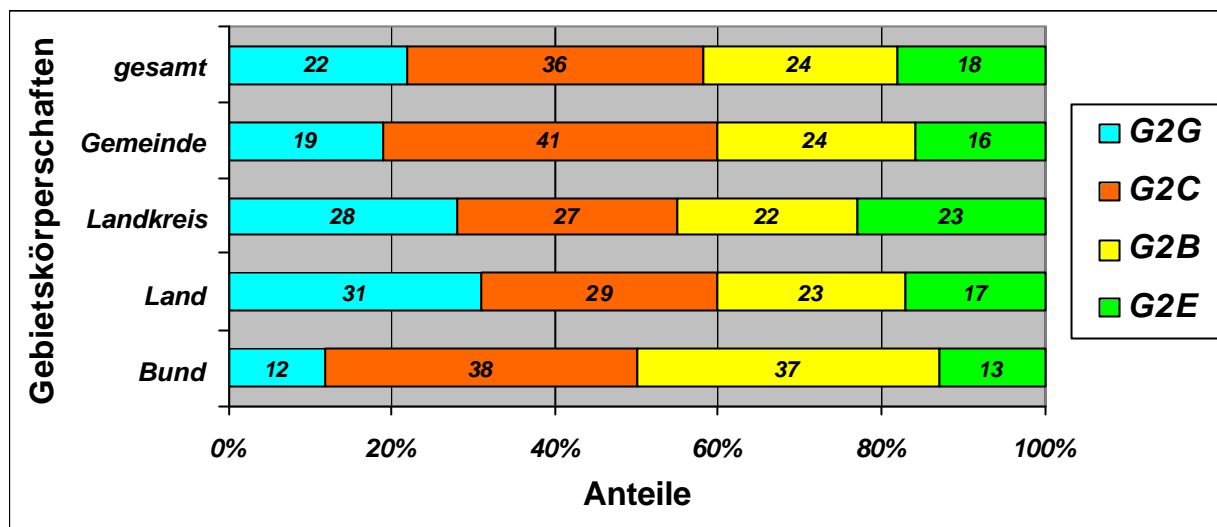


Abb. 33: Schwerpunkte der Zielgruppen bei Online-Angeboten nach Verwaltungsebenen
(Quelle: Fraunhofer Gesellschaft (2003))

Mehrheitlich sind die Gemeinden von einer Änderung des Verhältnisses von Kreis und kreisangehörigen Gemeinden durch eGovernment überzeugt. Neue Kooperationsformen stehen ebenso im Raum wie Aufgabenverlagerungen vom Landkreis auf die Gemeinden (integrierte Kommunalverwaltung) oder eine transparentere Haushaltsplanung.⁹⁹

Dennoch wird eGovernment nicht in einem „großen Wurf“ gelöst werden können. Um die Interoperabilität und damit den Investitionsschutz einzelner Projekte sicherzustellen, ist jedoch ein koordiniertes, ganzheitliches Vorgehen notwendig.¹⁰⁰

Die Kommunen sehen Unterstützungsbedarf vor allem in den Bereichen Technik, Geschäftsprozessoptimierung, Personalentwicklung und Finanzen. Als wichtige Kostenfaktoren wurden dabei die technische Ausstattung und die Anwendungssoftware genannt. Selbstverständlich ist die Orientierung auf technische Standards (z.B. für Netzübergänge, Schnittstellen) unverzichtbare Voraussetzung für die Interoperabilität.¹⁰¹ Grundsätzlich wird der Weg zu einer größeren Standardisierung als richtig erachtet. Insel- und Einzellösungen kosten die Verwaltung und den Steuerzahler ansonsten Zeit und Geld.¹⁰² Gescheiterte eGovernment-Projekte auf der Bundesebene legen den Schluss nahe, dass dezentrale Lösungen zwar problemadäquater sein können, sie aber technische Mindeststandards bedingen, welche in bundesweitem möglichst sogar europaweitem Einvernehmen entwickelt werden sollten und den am Markt tätigen Unternehmen zur Verfügung stehen, um im Wettbewerb optimale Lösungen zu entwickeln.¹⁰³

Die Kommunen sehen die Landesverwaltung in der Verantwortung für die Koordination der eGovernment-Aktivitäten und fordern eine stärkere Unterstützung des Landes bei der Umsetzung von eGovernment. Dies gilt besonders für kleinere Gemeinden.¹⁰⁴ Die Kooperationsformen sind auf dieser Basis auszubauen.

⁹⁸ Schliesky, Dr. Utz (2004), www.kreise.de/landkreistag/dlt-aktuell/egovernment/vortrag-cebit2004-schliesky

⁹⁹ siehe auch: Penning-Poggenbeck, Jörg/Schuppan, Tino/Scheske, Michael (2003), S. 24

¹⁰⁰ siehe auch: DETECON Consulting GmbH (2002) S. 3, 4

¹⁰¹ siehe auch: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg/TUIV AG Brandenburg (2004), S. 3

¹⁰² siehe auch: SAP AG (2004), S. 38

¹⁰³ siehe auch: Schliesky, Dr. Utz (2004), www.kreise.de/landkreistag/dlt-aktuell/egovernment/vortrag-cebit2004-schliesky

¹⁰⁴ siehe auch: Penning-Poggenbeck, Jörg/Schuppan, Tino/Scheske, Michael (2003), S. 24

4.4.1 Infrastrukturen

In Bezug auf das Landesverwaltungsnetz besteht auf kommunaler Seite ein besonderer Bedarf am Ausbau eines Kopfstellenprinzip, welches darauf abzielt, die Informationsströme der einzelnen Kommunalverwaltung über einen einzigen Ausgang in die "äußere" Welt zu bündeln. Das bedeutet aktuell beispielsweise: soweit es - gerade in den zur Zeit hauptbetroffenen Landkreisen - technisch möglich ist, könnten die LVN-"Bandbreitenscheiben" an einer Stelle gebündelt werden, statt neue isolierte Verbindungen zu schalten (Kataster-/Vermessungsamt, Landwirtschaftsamt, Schulen). Dies erfordert auch eine entsprechende Koordination auf Landesebene, insbesondere zwischen den Ressorts und dem LDS.

Ein weiterer Bedarf wird darin gesehen, dass sich Gemeinden und Kreise wegen der vielen "kommunal-internen" Kommunikationsbeziehungen untereinander vernetzen, so dass als Nebenprodukt über einen gebündelten Zugang (z.B. des Landkreises) ein Übergang vom Kreisnetz ins Landesverwaltungsnetz sowie TESTA u.a. möglich wird.

Dieses Konzept könnte als Leitbild für den Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur entwickelt werden. Als unmittelbare Konsequenz ergibt sich, dass alle anstehenden technischen Entscheidungen stets in einer engen Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Landeseinrichtungen einschließlich dem Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik und den IT-Verantwortlichen der jeweiligen Kommunalverwaltungen in der beschriebenen Denkrichtung getroffen werden. Nur so lassen sich die unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten ausreichend berücksichtigen und die angestrebten Bündelungseffekte erreichen.

Die flächendeckende Anbindung der Behörden, Einrichtungen und Landesbetriebe der Landesverwaltung sollte als eine wesentliche Voraussetzung zur Erreichung der Ziele der eGovernment-Strategie gesehen werden. In vielen Fällen – insbesondere bei Diensten für die Bürger und die Wirtschaft - wird der Nutzen von eGovernment - Vorhaben darüber hinaus erst durch die Anbindung auch von kommunalen Einrichtungen erzielt, bei denen oft der erste Bürgerkontakt stattfindet. Daher kommt dem Ausbau des Landesverwaltungsnetzes und der flächendeckenden Anbindung eine strategische Bedeutung zu. Die Nutzung von Standards und zentralen Komponenten beschleunigt das Gesamtvorhaben und fördert die Kooperation.¹⁰⁵

4.4.2 Basiskomponenten

An das Land wird im Wesentlichen die Forderung herangetragen, die Grundlagen für umfassende Dienstleistungsangebote durch den Erwerb und die Bereitstellung von Lizenzen für Basiskomponenten des Verwaltungsportals zu schaffen und deren Pflege sowie Betrieb zu garantieren (OSCI, CMS, Bezahlpattform, Zuständigkeitsfinder, Formularserver).

4.4.3 Fachanwendungen

Bestimmte Anwendungen könnte das Land gemeinsam mit den Kommunen realisieren. Die finanzielle Verantwortung bliebe davon unberührt. Dies gilt z.B. für die Melderegisterauskunft und das Meldedatenclearing sowie die Umstellung auf ein neues Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen im Rahmen der Einführung der doppelten kaufmännischen Buchführung.¹⁰⁶

¹⁰⁵ siehe auch: Ministerium des Innern (2004), S. 1

¹⁰⁶ siehe auch: Ministerium des Innern (2004), S. 2

4.5 Beschäftigte

Für die Beschäftigten stehen neben Informationsangeboten insbesondere einfache, elektronisch abzuwickelnde „Alltagsgeschäfte“ aus dem Beschäftigungsverhältnis wie Urlaubs- und Dienstreiseanträge, Reisekostenabrechnungen oder Beihilfeangelegenheiten im Vordergrund. Darüber hinaus versprechen sich die Beschäftigten durch eine generelle Verbesserung der Arbeitsqualität eine höhere Motivation.

Nicht zuletzt treten die Beschäftigten der öffentlichen Hand resultierend aus ihren Beschäftigungsverhältnissen als natürliche Personen – nicht als Mitarbeiter der jeweiligen Gebietskörperschaft, sondern im eigenen Namen handelnd – gegenüber ihrem Arbeitgeber oder Dienstherrn als Nutzer von eGovernment-Lösungen auf. Auch hieraus leitet sich ein Bedarf ab, dessen Befriedigung im Interesse aller Beteiligten liegen kann. Abbildung 34 gibt auch hierzu eine Übersicht in Bezug auf die Wichtigkeit von Online-Angeboten, die als grundsätzlicher Bedarf zunächst auch für Brandenburg angehalten werden soll.

Bemerkenswert ist, dass seitens der Beschäftigten ein hohes Interesse an technisch unterstützten Verfahren zum Ressourcenmanagement in der öffentlichen Verwaltung besteht. Damit ist der gesamte Komplex der betriebswirtschaftlichen Anwendungen angesprochen. Die bisherigen Möglichkeiten und Verfahren tragen einer nutzerfreundlichen Arbeitsgestaltung nicht hinreichend Rechnung.

Im Übrigen fokussiert sich das Interesse auf einfache, elektronisch abzuwickelnde Vorgänge, die sich unmittelbar aus der Tätigkeit für den Dienstherrn ableiten lassen, wie Dienstreiseanträge und Reisekostenabrechnungen, Urlaubsanträge oder Beihilfeverfahren.

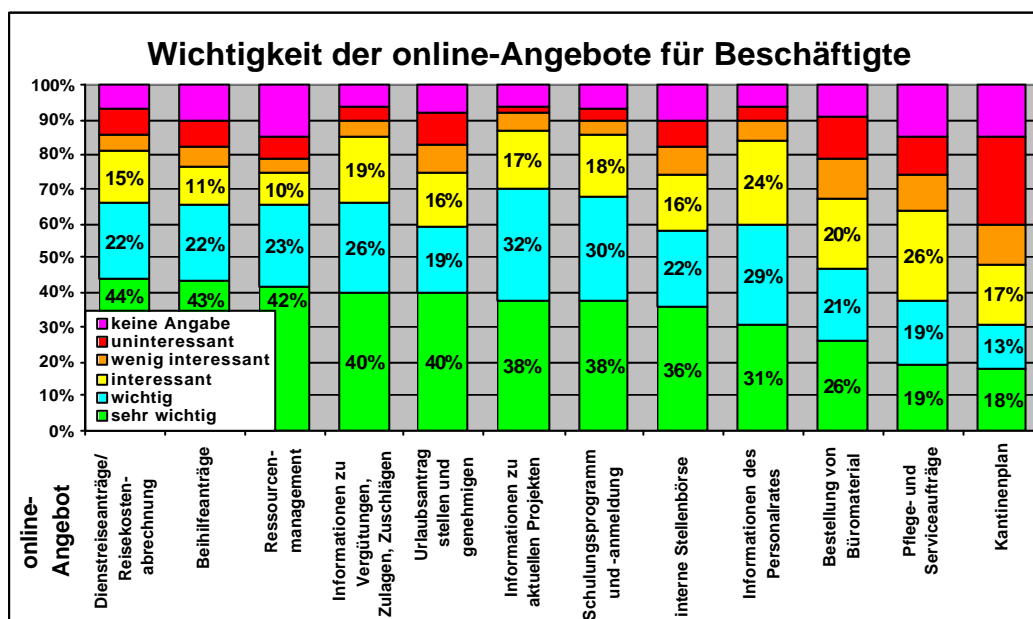


Abb. 34: Wichtigkeit der Online-Angebote für Beschäftigte (Quelle: accenture (2002))

Neben diesem gezielt formulierten Bedarf ist zu beachten, dass seitens der Beschäftigten vielfach ein wenig greifbarer, sehr allgemein gehaltener und in der Terminologie wenig gegeneinander abgegrenzter Bedarf formuliert wird, der in weiten Teilen deckungsgleich mit dem Bedarf der öffentlichen Verwaltung an sich ist. Dazu zählt die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der täglichen Verwaltungsarbeit, die rationelle Arbeitsgestaltung und die Reduktion manueller Arbeiten, die Verbesserung der Arbeitsqualität, die Verringerung der Durchlaufzeiten, die Reduzierung des Aufwandes beim Verwaltungshandeln oder die Entbindung von Routinetätigkeiten. Im Ergebnis wird auf diesem Weg eine höhere Motivation und Leistungsbereitschaft erwartet.

5. Nationale und internationale Initiativen

Auf kommunaler, Bundes- und europäischer Ebene gibt es verschiedene eGovernment-Initiativen. Brandenburg steht in der Pflicht, die Umsetzung des eGovernment-Prozesses hieran auszurichten. Die kontinuierliche Abstimmung mit diesen Initiativen wie eEurope, BundOnline 2005, DeutschlandOnline und Media@Komm ist sicherzustellen. Entwickelte Lösungsansätze und Standards sind für Brandenburg zu übernehmen. Die zeitlichen Vorgaben und inhaltlichen Intentionen dieser Initiativen sind zu berücksichtigen.

5.1 Media@Komm

Media@Komm ist eine Initiative der Bundesregierung, um die Entwicklung und Anwendung von Multimedia in Städten und Gemeinden gezielt zu unterstützen. Hierzu wurde 1998 ein Städtewettbewerb ausgelobt, an dem sich 136 Städte und Gemeinden mit ihren Konzepten beteiligt haben. 1999 wurden durch eine Jury die drei Preisträger Bremen, Esslingen und der Städteverbund Nürnberg ermittelt.

Die Anwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bietet in vielen Bereichen des täglichen Lebens, so auch in Städten und Gemeinden, besondere Möglichkeiten und Chancen. Diese zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen, war Ziel des Städtewettbewerbs Multimedia Media@Komm des damaligen Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. In einem integrativen Ansatz sollten im städtischen Raum innovative multimediale Dienste und Anwendungen möglichst unter Nutzung der digitalen Signatur entwickelt und deren Möglichkeiten und wirtschaftlichen Potenziale demonstriert werden.

Zwischen öffentlicher Verwaltung, Bürgern und Wirtschaft sollen rechtsverbindliche Dienstleistungen und Transaktionen vollelektronisch ohne Medienbrüche getätigt werden können ("virtuelles Rathaus", "elektronische Akte", "Bürgerkarte"), um so Effizienz und Transparenz von Verwaltungs- und Geschäftsvorgängen zu verbessern. Durch die modellhafte Entwicklung und Erforschung der rechtlichen, technischen und ökonomischen Voraussetzungen für die "virtuelle Stadt" sollen

- die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessert,
- die Verwaltungen effizienter und bürgerfreundlicher,
- die Unternehmen flexibler und produktiver werden.

Hierzu bedarf es insbesondere der Nutzung digitaler Signaturen, die auf Chipkarten gespeichert werden. Diese Karten mit den so genannten privaten Schlüsseln ermöglichen einen vertrauenswürdigen und sicheren elektronischen Geschäftsverkehr.

Die leistungsfähige Telekommunikations-Infrastruktur in Deutschland bietet gute Rahmenbedingungen für den Einsatz von Multimedia. Es gilt anwendungsorientierte Initiativen zu entwickeln und die Nutzung zu forcieren. Der öffentliche Sektor übernimmt dabei eine Lokomotivfunktion mit nutzerfreundlichen regionalen Angeboten. Die im Wettbewerb ausgezeichneten Städte und Gemeinden bildeten ein Netzwerk und dienten als Modell. Abläufe im internen und externen Geschäftsverkehr öffentlicher Verwaltungen waren anzupassen.

Dieses Netzwerk wird nunmehr auf eine breitere Basis gestellt. Mit dem im Frühjahr abgeschlossenen Media@Komm-Transfer konnten verschiedene Kommunen für eine Multiplikation der Media@Komm-Strategie gewonnen werden. Für Brandenburg wurde der Landkreis Oberhavel als die Kommune ausgezeichnet, welche die Media@Komm-Lösungen in die Fläche tragen soll.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag und der Deutsche Handwerkskammertag haben vereinbart, beim Media@Komm-Transferprojekt eng mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zusammenzuarbeiten. Die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern werden mit

den regionalen Verwaltungen bei der Entwicklung von eGovernment-Anwendungen kooperieren. Dabei soll ein stärkeres Gewicht als bislang auf wirtschaftsnahe Anwendungen gelegt werden.

5.2 BundOnline 2005

Mit der eGovernment-Initiative BundOnline 2005 hat sich die Bundesregierung verpflichtet, alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung bis zum Jahr 2005 online für die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die Verwaltung bereitzustellen. Am 18. September 2000 fiel der betreffende Startschuss auf dem Kongress der Initiative D21 auf der Expo durch den Bundeskanzler. Er stellte die Initiative als Bestandteil eines Zehn-Punkte-Plans „Internet für alle“ vor. In wenigen Jahren sollte es zur Selbstverständlichkeit geworden sein, die Leistungen des Staates online in Anspruch zu nehmen. In ähnlicher Weise ist dies bereits heute bei kommerziellen Informationsanbietern der Fall - von Reisebuchungen bis zum Online-Banking. BundOnline 2005 ist zudem wichtiger Bestandteil der umfassenden Verwaltungsmodernisierung. Der umfassende IT-Einsatz und mehr Kundenfreundlichkeit stehen im Mittelpunkt der Modernisierung der Bundesverwaltung. Über 100 Behörden sind am Projekt BundOnline 2005 beteiligt. Sie werden die gut 400 Dienstleistungen ausnahmslos dezentral über das Internet anbieten.

Als Unterstützung für die rund 400 Dienstleistungen werden so genannte Basiskomponenten entwickelt und Kompetenzzentren aufgebaut. Basiskomponenten bieten zentral technische Funktionalitäten an, die unterschiedlichen Dienstleistungen und Behörden nützen. Diese sind:

- Zahlungsverkehrsplattform (ePayment)
- Datensicherheit (Virtuelle Poststelle)
- Portal
- Formular-Server
- Content Management System

Die Basiskomponenten stellen Funktionalitätsblöcke zur Verfügung, die Bestandteil sehr vieler Dienstleistungen sind und als Dienste oder Module in die eGovernment-Anwendungen eingebunden werden. Sie werden in mehreren Stufen realisiert; der Funktionsumfang wird sich durch immer wieder neue Versionen der Basiskomponenten ständig erweitern.

Die Basiskomponenten werden durch Kompetenzzentren ergänzt. Die Aufgabe der Kompetenzzentren besteht vornehmlich in der Begleitung der Behörden bei der Einführung der entsprechenden Basiskomponenten und der Anpassung von Geschäftsprozessen an den Einsatz von eGovernment-Anwendungen. Folgende Kompetenzzentren unterstützen die Behörden:

- Zahlungsverkehrsplattform
- Datensicherheit
- Content Management System (CMS)
- Vorgangsbearbeitung, Prozesse und Organisation

Vorrangige Aufgabe der Kompetenzzentren ist die Bereitstellung von Know-how für die dezentrale Umsetzung der Online-Dienstleistungen. Dies umfasst insbesondere die Beratung bei der Implementierung der Basiskomponenten und der Online-Dienstleistungen.

Neben den Basiskomponenten, die direkt Teilprozesse von eGovernment-Anwendungen übernehmen, werden auch Infrastrukturkomponenten im Rahmen der Initiative BundOnline 2005 zur Verfügung gestellt. Diese unterstützen die Bildung eines Intranets für die gesamte Bundesverwaltung. Die Leistungen sind unabhängig von konkreten eGovernment-Anwendungen zu sehen, aber von grundlegender Bedeutung für eine behördenübergreifende elektronische Kommunikation. Dazu zählen:

- der Informationsverbund der Bundesverwaltung (IVBB)¹⁰⁷
- Verzeichnisdienst

Zudem unterstützen die sogenannten eFA-Dienstleistungen ("Einer für Alle"-Dienstleistungen) nicht nur Teilprozesse wie die Basiskomponenten, sondern erbringen selbst vollständige Dienstleistungen. Dabei handelt es sich um Dienstleistungen, die von mehreren Behörden gleich oder ähnlich erbracht werden.

Damit die einzelnen Komponenten zueinander passen, wurde das Dokument „Standards und Architekturen für eGovernment-Anwendungen“ (SAGA) erarbeitet. Dieses Papier konkretisiert den Umsetzungsplan technisch und genügt den Grundsätzen der Transparenz, der Interoperabilität und der Skalierbarkeit.

BundOnline2005 verfolgt das Ziel, Dienstleistungen künftig nahtlos zu erbringen: Dies betrifft die "eigenen" Dienstleistungen des Bundes und den Aufbau eines durchgängig flächendeckenden Angebotes zusammen mit Ländern und Kommunen.¹⁰⁸

5.3 DeutschlandOnline

Bürgerfreundliches eGovernment erfordert eine umfassende Integration und Optimierung von Verwaltungsprozessen auf allen Verwaltungsebenen und ebenenübergreifend. Diesem Ziel steht die gegenwärtig heterogene IT-Landschaft von Bund, 16 Ländern, über 300 Landkreisen und weit über 13.000 Kommunen in Deutschland entgegen. Unterschiedliche Stellen entwickeln parallel vergleichbare IT-Anwendungen. Die begrenzten öffentlichen IT-Investitionen werden nicht optimal eingesetzt. Medienbruchfreie elektronische Abläufe zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind noch die Ausnahme, nicht die Regel.

Verwaltung in der Informationsgesellschaft braucht jedoch zeitgemäße Strukturen und moderne Kommunikation. Kunden dieser Verwaltung erwarten ein Dienstleistungsangebot, unabhängig von Behörden- und Zuständigkeitsgrenzen, bürgerfreundlich, effizient und kostengünstig. Mit "DeutschlandOnline" haben die Regierungschefs von Bund und Ländern am 26. Juni 2003 einen weiteren wichtigen Schritt in diese Richtung getan. Sie haben die deutsche Strategie für integriertes eGovernment beschlossen.

Zum Nutzen von Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und den Verwaltungen, haben sich Bund, Länder und Kommunen auf fünf Säulen der Zusammenarbeit geeinigt. Sie werden gemeinsam mit Priorität versehene Verwaltungsdienstleistungen online bereitstellen, ihre Internet-Portale vernetzen, gemeinsame Infrastrukturen und Standards entwickeln und ausbauen, sowie den Know-how-Transfer verbessern.

DeutschlandOnline macht sich in seinem Aufbau die föderale Struktur Deutschlands zu Nutze. Bestehende Vorzeigeprojekte in Bund, Ländern und Kommunen werden für die ebenenübergreifende Nutzung weiterentwickelt und nach dem Prinzip "Einige für alle" den anderen Partnern zur Verfügung gestellt. Die Bereiche Registerabfragen (Gewerberegister, Bundeszentralregister), Melde- und Personenstandswesen, amtliche Statistik, Kfz-Meldungen, BAföG und Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden als prioritäre Modellprojekte angesehen.¹⁰⁹ Die gemeinsame Strategie wird Doppelentwicklungen vermeiden und flächendeckend Kosten sparen.

¹⁰⁷ „Mit dem Informationsverbund der Bundesverwaltung (IVBV) entsteht ein Datennetz für die gesamte Bundesverwaltung. Das Netz soll zum Rückgrat für die eGovernment-Anwendungen des Bundes werden. Noch existieren die Netze verschiedener Bundesverwaltungen getrennt voneinander.“ Der Informationsverbund Berlin-Bonn (IVBB) ist nur eines davon. (move (2004), S. 10)

¹⁰⁸ siehe auch: KSt (2004), www.kbst.bund.de/E-Government/-/91/BundOnline-2005.htm vom 20.04.2004

¹⁰⁹ Explizit werden zur Zeit insbesondere nachfolgende Einzelvorhaben innerhalb von DeutschlandOnline betrieben:

- Justizregister: Einrichtung eines deutschen Unternehmensregisters
- Gewerberegister: Zentrales Gewerberegister mit der Funktionalität einer medienbruchfreien Verteilplattform
- Personenstandswesen: Entwicklung eines onlinefähigen, bundesweit einsetzbaren Datenaustauschformates auf Basis des OSCFTransport-Protokolls (vergleichbar XMeld) als Grundlage für die elektronische Abwicklung aller Geschäftsprozesse im Personenstandswesen
- Online Statistik 2005 – Teilprojekt 1: Datenerhebungen der amtlichen Statistik erfolgen online
- Online Statistik 2005 – Teilprojekt 2: Datengewinnung durch Integration des Erhebungsprozesses in ERP-Systeme
- POKAL – Optimierte Koordination der amtlichen Statistik: Optimierte Kooperation nach dem Prinzip „make or buy“
- Kfz-Wesen: Projektierung effektiver und attraktiver eGovernment-Lösungen über bereits angebotene Bürgerdienste hinaus unter Berücksichtigung der Novellierung der StVO

„DeutschlandOnline“ befasst sich mit den nachfolgenden Schwerpunktthemen:

- Der Zugang zu eGovernment-Dienstleistungen der Verwaltungen wird durch die Herstellung der notwendigen Interoperabilität der Internet-Portale verbessert.
- Gemeinsame eGovernment-Infrastrukturen werden auf- und ausgebaut, um den Datenaustausch zu erleichtern und Doppelentwicklungen zu vermeiden.
- Bund, Länder und Kommunen werden gemeinsame Standards sowie Daten- und Prozessmodelle für eGovernment schaffen.
- Der Transfer von eGovernment-Lösungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen wird verbessert, Know-how multipliziert und Parallelentwicklungen vermieden.

Die Regierungschefs von Bund und Ländern waren sich bewusst, dass eGovernment-Innovation personeller und finanzieller Ressourcen bedarf und haben daher die Fachministerkonferenzen gebeten, die Umsetzung von DeutschlandOnline im Rahmen ihrer Zuständigkeiten personell und finanziell sicherzustellen.¹¹⁰

5.4 eEurope

eEurope ist eine politische Initiative, die dafür sorgen soll, dass Europa die mit dem Übergang zur Informationsgesellschaft einhergehenden Veränderungen zu seinem Vorteil nutzen kann.¹¹¹ Zu diesem Zweck soll eine Reihe von Maßnahmen in verschiedenen Bereichen verwirklicht werden, um die Nutzung digitaler Technologien zu fördern. Der eEurope 2005 Action Plan wurde vom Ministerrat im Januar 2003 im Rahmen einer eEurope-Resolution beschlossen.

-
- BaföG (Antrag bis Rückzahlung): Definition und Abstimmung einheitlicher technischer Standards auf der Grundlage von OSCF-Transport und XML
 - Geodaten: Harmonisierung der heterogenen Geoinformationslandschaft in Deutschland und kurzfristige Vorstellung erfolgreicher Geo-Projekte bei der Bevölkerung, der Politik und der Wirtschaft
 - Bauwesen: Baugenehmigungsverfahren und Bauleitplanung
 - VEMAGS (Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwertransporte)
 - Internetportale: Festlegung von Standards zum Austausch von Portalendiensten und zur Strukturierung der Angebote in Bund, Ländern und Kommunen
 - Deutsches Verwaltungsnetz
 - Zuständigkeitsfinder: Konzeption eines Zuständigkeitsfinders insbesondere als Erschließungsangebot zu eGovernment-Diensten und Portalen
 - Online Services: Bund, Länder und Kommunen verständigen sich darauf, ausgewählte Online services (Behördenwegweiser, Stellenausschreibungen, Veröffentlichung von Ausschreibungen und Immobilienveräußerungen, Formularservice) gemeinsam zu erstellen, über alle Portale anzubieten und sich über eine technische Plattform zu verständigen.
 - XSozial: Standardisierung von Datenaustauschformaten im Arbeits- und Sozialwesen
 - Clearing-Stellen: Bund, Länder und Kommunen entwickeln ein Konzept zur Einrichtung von Clearing-Stellen für den Datenaustausch zwischen den Stellen der öffentlichen Verwaltung beginnend mit dem Meldewesen.
 - Signaturlösung: Bund, Länder und Kommunen unterstützen das Signaturlösungsbündnis, insbesondere verpflichten sie sich, beim Einsatz von Signaturkarten dessen Konvergenzziele zu berücksichtigen.

¹¹⁰ Besprechung der Regierungschefs der Länder am 18. Dezember 2003 in Berlin, TOP 6, Nr. 3

¹¹¹ Die Initiative eEurope ist in folgende Bereiche gegliedert:

1. Europas Jugend ins digitale Zeitalter
Schulen ans Internet, Jugendzentren mit freiem Zugang zum Internet - auch in benachteiligten Gebieten, digitale Mündigkeit der Schüler nach Schulabschluss, ...(siehe dazu auch die Initiative "eLearning - Gedanken zur Bildung von Morgen" der Europäischen Kommission).
2. Billigerer Internetzugang
Senkung der Preise für Mietleitungen, Verringerung der Genehmigungsanforderungen für Kommunikationsdienste, ...
3. Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs
Zulassung elektronischer Kommunikation in allen öffentlichen Ausschreibungen und Transaktionen, Unterstützung der Digitalisierung von KMU, Förderung alternativer Mechanismen der Streitbeilegung für den elektronischen Geschäftsverkehr, ...
4. Schnelles Internet für Wissenschaftler und Studenten
Aufrüstung der bestehenden Infrastruktur, Einrichtung einer virtuellen europäischen Universität, die interaktive multimediale Vorlesungen über das Netz anbietet, ...
5. Intelligente Chipkarten für sicheren elektronischen Zugang
branchenübergreifende Vereinbarung für gemeinsame Infrastruktur, ...
6. Risikokapital für Hochtechnologie-KMU (= Kleine und Mittlere Unternehmen)
Hindernisse die dem Eingehen von Risiken im Wege stehen, müssen beseitigt werden, innovative Formen der Kapitalbeschaffung einschließlich öffentlich-privater Partnerschaften müssen entwickelt werden, ...
7. eTeilnahme für Behinderte
behindertenfreundliche Normen für Produkte und Dienstleistungen, bessere Unterrichts- und Ausbildungsmöglichkeiten für Behinderte, ...
8. Gesundheitsvorsorge über das Netz
Vernetzungen der Einrichtungen im Gesundheitswesen, Harmonisierung der Gesundheitsfürsorgesysteme, Vereinbarung von Normen und Produktspezifikationen, Aufbau europäischer medizinischer Datenbanken, ...
9. Intelligenter Verkehr
Verbesserung der aktiven Sicherheit bei KFZ, Entwicklung personalisierter Verkehrsinformationssysteme, ...
10. Regierung am Netz
Nutzung des Internet für leichteren Zugang zu Informationen öffentlicher Stellen, größere Transparenz der politischen Prozesse auf nationaler wie auf europäischer Ebene, Digitalisierung der Verwaltungsabläufe (Anträge, Bewilligungen ...), ...

Durch die Initiative eEurope soll die Akzeptanz der digitalen Technologien in ganz Europa gefördert und dafür gesorgt werden, dass alle Europäer die für die Nutzung dieser Technologien erforderlichen Fähigkeiten erwerben. Dabei stehen folgende Ziele im Vordergrund:

- jeden Bürger, jeden Haushalt und jede Schule, jedes Unternehmen und jede Behörde ins digitale Zeitalter und ans Netz zu führen;
- ein digital mündiges Europa mit einer Unternehmenskultur zu schaffen, das zur Finanzierung und Entwicklung neuer Ideen bereit ist;
- zu gewährleisten, dass der Gesamtprozess alle Bereiche der Gesellschaft und Bevölkerung erfasst, das Vertrauen der Verbraucher gewinnt und den sozialen Zusammenhalt stärkt.

In Bezug auf die elektronische Verwaltung legt der Aktionsplan eEurope 2005 spezifische Ziele fest.¹¹²

¹¹² Ziele des Aktionsplans eEurope in Bezug auf eGovernment (http://europa.eu.int/information_society/eeurope/2005/all_about/egovernment/index_en.htm#eEurope%202005%20Targets)

- **Interactive public services:** By end 2004, Member States should have ensured that basic public services are interactive, where relevant, and accessible for all. The Commission and Member States must agree on a list of public services for which interactivity and interoperability are desirable. Relevant issues include exploiting the potential of broadband networks and multi-platform access, and addressing access for people with special needs;
- **Public procurement:** By end 2005 Member States should carry out a significant part of public procurement electronically, cutting costs and raising efficiency in government procurement. The European Parliament and Council should adopt as quickly as possible the legislative package on procurement;
- **Public Internet Access Points (PIAP's):** All citizens should have easy access to PIAP's, preferably with broadband connections, in their communes or municipalities. In establishing PIAP's, Member States should use structural funds and work in collaboration with the private and/or voluntary sector, where necessary;
- **Broadband connections:** Member States should aim to have broadband connections for all public administrations by 2005. Authorities should not discriminate between technologies when purchasing connections (see eEurope 2005/Broadband);
- **Interoperability:** The Commission presented a staff working paper on the importance of interoperability for e-Government services at the 2003 e-Government Ministerial Conference and intends to propose a European interoperability framework for pan-European e-Government services before the end of 2003;
- **Culture and Tourism:** The Commission, in co-operation with Member States, the private sector and regional authorities, will define and launch e-services to promote Europe and to offer user-friendly public information by 2005. Building on the Communication "Working together for the future of European tourism", the Commission is now developing a European Tourism Portal;
- **Secure communications between public services:** By end 2003, the Commission and Member States will examine the possibilities to establish a secure communications environment for the exchange of classified government information.